

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

42 (18.10.1950)

# WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 42 — 5. Jahrgang (Wirtschaftswissenschaften) — Karlsruhe, 18. Oktober 1950 — Preis 50 D-Mark



Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 8 ist der Großhandels- und Importfirma Adolf Spinner KG in Offenburg gewidmet, die die ASO-Allekt-Packungen und die ASO-Allekt-Mehrwabenentwicklung entwickelt. Unser Bild hier zeigt eine solche Einrichtung auf der Ortseiner Herbstmesse.

## Das Wolfsburger Beispiel

Das Volkswagenwerk und Herr Dr. A. C. Nordhoff sind allmählich identisch geworden — und er ist doch kaum erst 3 Jahre Schicksalsgefährte in Wolfsburg. Also Herr Nordhoff, nicht das Volkswagenwerk, hatte „der Öffentlichkeit“ vor einigen Tagen „etwas zu sagen“. Manche werden einiges von dem, was er zu sagen hatte, schon in der Tagespresse gelesen haben: Der Preis des Standard-Modells ist von 4800,— auf 5190,— DM gesenkt worden. Man würde die von Herrn Nordhoff geschaffene Volkswagen-Traktion nicht verstehen, wenn er um dieser, allerdings nicht ganz uninteressanten Preisreduzierung wegen geredet hätte, — der Öffentlichkeit etwas zu sagen zu haben.

Durchschnittshunderten um 20% und das Durchschnittseinkommen der Stundenlöhner um 47% gestiegen. Inzwischen ist das Werk, das über 50% der deutschen Produktion ausmacht, wieder fertig gestellt. Die Exportproduktion ist im Laufe dieses Jahres mit einem erstaunlichen Erfolg aufgebaut worden: Von der heutigen Tagesproduktion mit 300 Einheiten werden 125 Wagen exportiert, mehr als vor einem Jahr und einem Monat, der Export stieg gegenüber dem Vorjahr um 250%, die Gesamtproduktion nur um knapp 100%. Dabei decken die Exportpreise wohl die gesamten Kosten, aber nicht mehr. Die volkswirtschaftliche Notwendigkeit des Exports steht wohl außer Frage.

Man würde sich als Chronist der Bedeutung der langen Rede, die Herr Nordhoff der Presse hielt, nicht gerade, wenn man sie ganz oder teilweise abdruckt, obwohl wir anzunehmen müssen, daß einige Sätze nicht prägnanter formuliert werden können. Die Rede war ein Leistungsbericht, eine Darstellung von vielen siegreich bestandenen Kämpfen, von schweren und schweren — erfolgreichen — Kämpfen.

Und nach etwas ist erreicht worden: Das Volkswagenwerk kann ohne wesentliche Neuanlagen die doppelte Menge an Wagen produzieren wie heute. Die Kapazität ist also vorhanden — und wenn die Röhren wieder in ausreichender Menge vorhanden sind, wird es, in auch die Produktion entsprechend steigern und die Arbeiter gehören zu den bestbezahlten im Bundesgebiet.

Dabei hat sich Herr Nordhoff als ebullenter Makler zwischen den Interessenten gezeigt. Er hätte den Preis des Volkswagens noch mehr herabsetzen können, wenn er nicht die Löhne gleichzeitig erhöht hätte, und er hätte die Löhne in diesem Werk noch wesentlich stärker erhöhen können und den Preis herabsetzen, oder um 100,— oder 200,— DM herabsetzen können. Er hätte sich schließlich sogar auf die Materialpreiserhöhungen berufen und diese erklären können, er sei außerstande, das im Frühjahr geschlossene Verstehen, im Herbst den Preis zu senken, einzuhalten. Er war aber ein erzieherischer Makler. Um 180,— DM pro Wagen sind die Materialpreise bis jetzt gestiegen und es ist anzunehmen, daß dieser Materialpreiserhöhung noch weitere folgen werden. Herr Nordhoff hat also den Mut, sich diese negative Chance einzukalkulieren. Das kommt hinzu. Und noch etwas, das erst in der Diskussion zur Sprache kam, wollte er in seiner Rede nicht erwähnen: Der gefährliche Knappheit in Feinblech-Feinblechen bringt durch Verschlechterung des Materials erhöhte Ausschussraten und erhöhte Kosten für die Nacharbeiten an den Gewerken mit sich. Das alles ist einkalkuliert und nicht einmal erwähnt.

Der Manager Nordhoff war also doch wohl kein Manager, sondern ein Unternehmer. Angewandt (von wem?) arbeitend (für wen?) an einem Werk, das ihm rechtlich nicht gehört und nie gehören wird und das doch nur morgen schon längst ein Werk ist.

Die nächste Interessengruppe, die Arbeiter und Angestellten des Werkes, erhalten eine Lohnerhöhung um 10 bis 15 Pf. pro Stunde bei den Gehältern um 10 bis 15%. Es ist anzunehmen, daß die dadurch entstehende Erhöhung der Produktionskosten mindestens — wenn nicht mehr ausmacht als die Materialpreiserhöhung. Doch hat man aber nun noch hinzu, daß in den ersten 9 Monaten des Jahres für freiwillige soziale Leistungen rund 3 Mill. für Lebens- und Altersversicherung mehr als 1 Mill. und für das Wohnungsbauprogramm seit 1948 über 7 Mill. DM ausbezahlt wurden, dann ergibt sich, daß monatlich rund 700.000 DM freiwillige soziale Leistungen „aufgebracht“ wurden, also über 14.000 Mann Belegschaft rund 50 DM pro Kopf oder rund 40 Pf. pro geleistete Arbeitsstunde. Anders gesehen bedeutet diese freiwilligen sozialen Leistungen einen Kostenanstieg pro Wagen von etwa 100 DM.

Man stelle sich vor: Da ist ein Mann, der einen großen Betrieb leitet, die Produktion, die er inszeniert, werden ihm aus den Händen gelassen, er muß Lieferfristen von 3 und 4 Monaten vor seinen Kunden abverlangen und seine Rohstoffpreise steigen — dieser seltsame Mann geht hin und ermäßigt den Preis seines Produkts um fast 10 Prozent. So ein Mann paßt in keine Konzeption und keine Weltanschauung. Gabe es, wie es der kleine Karlsruher, ein Lexikon der Kapitalisten, dann würde man Herrn Nordhoff unter der Bezeichnung „Nazi“ oder „Utopist“ finden. Gabe es ein Lexikon der Sozialisten, dann würde man Herrn Nordhoff nicht unter der Bezeichnung „Kapitalist“ oder „unbewusstheoretischer Unternehmer“ finden, weil er das ja eben nicht tut und man würde ihn auch nicht unter Gewerkschaftssekretäre finden, weil er in diese Tätigkeit nicht hat, aber das tut, was die Gewerkschaftssekretäre verpflichtet sind, nämlich für dauernde Besserung des Lebensstandards seiner Leute zu sorgen.

Herr Nordhoff ist kein Manager, denn er hat gerade das meiste nicht zugelassen, was ein Manager automatisch zulassen pflegt, nämlich daß bei steigender Produktion und Belegschaftszahl die Verwaltungskosten progressiv zunehmen. Mit einem gewissen Risiko hat er in seiner Rede festgestellt, daß er gerade durch Rationalisierung auf diesen Gebiet 20 Prozent einsparen konnte. Nordhoff ist aber auch kein Unternehmer, denn ihm gehört das Werk nicht. Worauf besteht es nun an? Hechtlich Manager, aber in der Tat nicht, in der Tat Unternehmer, aber rechtlich nicht. Also ein neuer Typ — ein zweifelhafte, beispielgebender Typ.

Ein Wolfsburger in ländlicher Gegend, kurz vor dem Eisenbahn Vorhang, mit 14.000 km anvertrauter Menschen, ist ein Mann, der alles, was er durch seine Leistung in 40.000 Flugkilometer in den letzten 9 Monaten zur Steigerung des Exports seines Werkes und durch die Leistung seiner Mitarbeiter an Produktionskosten erspart, ungefähr zu gleichen Teilen seinen Kunden und seinen Werkangehörigen jeweils zusammen läßt. Weil er keine Geschäfte machen will, macht er die Geschäfte. Weil er weder als seinen Kunden noch an seinen Arbeitern verdienen will, verdient er und sein Werk. Er stellt sein Werk in den Kreis, der aus seinen Kunden und seinen Arbeitern gebildet ist und immer feiner wird. Für dieses Werk und für die Idee, die Nordhoff an diesem Werk manifestiert, kämpft er — und, wie man sieht, nicht vergebens.

## Flucht aus dem Dollar in das Pfund

### Gummipreise und -kurse als politische Warnung - Kreditrestriktion gegen Importe Exporthindernisse - Engpaß Feinbleche - Schwedenerz wird 1951 knapp - Lustlose Börsen

Noch immer steht das Problem der Devisenkurse und der Devisenbestände im Mittelpunkt des internationalen Interesses. Sogar in New York sind nach langer Zeit wieder Devisengeschäfte an die erste Stelle getreten. Man gibt allmählich ganz offen zu, daß eine gewisse Flucht aus dem Dollar in das englische Pfund eingetreten hat und daß Dollarforderungen, die man hat, heute mehr Sorgen machen als Pfundforderungen. Dazu kommt noch, daß infolge von Exportbeschränkungen, die die USA jetzt vornehmen, unter Umständen selbst für ein Dollarerhalten nicht das zu haben ist, was man haben möchte. Die internationale Spekulation geht also in „aufwertungsstarke“ Währungen, vor allem in das Pfund.

Die Gold- und Devisenbestände Englands betragen etwa 1 Mrd. Pfund. Man ist in England stolz darauf, obwohl nicht das Pfund ein nicht der in Verhältnis zum Dollar zu niedrig angesetzte Kurs des Pfundes, sondern der sich langsam selbst entwertende Dollar die Ursache für diese Entwicklung ist. England nutzt diese Gelegenheit und will, wie man hier, seinen Bestand an Gold und Devisen noch bis auf 2 Mrd. Pfund bringen. Man weist in England darauf hin, daß die kurzfristigen Verpflichtungen Englands immer noch etwa 4 Mrd. Pfund betragen. Danach ist also nicht anzunehmen, daß England diese günstige augenblickliche Situation zu schmelz fahren läßt. Andererseits kommen die Löhne in England jetzt in Bewegung und es wird sich zeigen, wie sich die Produktionskosten in England verhalten und damit auch das Verhältnis zu den Produktionskosten der USA. Darum und nur daraus wird sich die Entscheidung über eine event. Neufestlegung des Verhältnisses von Dollar zu Pfund ergeben. Der Besuch des britischen Ministers für wirtschaftliche Angelegenheiten, Gaitskell, den wir schon in der vorigen Woche in diesem Zusammenhang erwähnt, wird nicht nur den Zweck haben, die USA um Finanzierung der australischen Rüstungsausgaben Englands zu bitten, sondern auch Vorbesprechungen über dieses Verhältnis von Dollar zu Pfund zu führen. An sich könnte es den USA ja nur lieb sein, wenn Gold abfließt, da damit ja auch von dieser Seite her die Inflationsgefahr geringer wird.

Es ist nun noch jemand in den USA, der Geld haben will, nämlich ein französischer Minister, und es ist keineswegs ein geringer Betrag, der auch von dieser Seite verlangt wird. Nun ist es den USA bisher immer gelungen, wenn länderlose Staaten an ihnen rissen, auch währungspolitische Wünsche — übrigens auch politische — durchzusetzen. Welche Wünsche in dieser Hinsicht können aus die USA haben? Wir glauben, daß die USA ein Prestigegewinn vorläufig den Goldpreis nicht herauf-, also den Dollar nicht herabsetzen wollen. Und dieser Wunsch wird entscheidend sein. So werden die USA auch eine Aufwertung des Pfundes nicht wünschen, und so wird mehr Gold wieder zurück über den Atlantik nach London fließen. So wird der Import für

### Flucht aus dem Dollar in das Pfund

Die Freunde des Kabinettschwerts für das Bundesgesetz haben mit besonderer Befassung gerne die Bestimmungen der Richtlinien der Politik der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Vorkurse, Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik sind in die Deutsche Bundesbahn verbindlich hervorgehoben, weil sie in dieser Bestimmung einen ganz besonderen Fortschritt dieses Entwurfs gegenüber der bisherigen Gesetzgebung sehen. Diese Einstellung zeigt kaum von einer besonders guten Kenntnis des Eisenbahnwesens Deutschlands in seiner mehr als hundertjährigen Entwicklung, noch von einer Vertiefung in den Geleis der deutschen Eisenbahnen. Für diesen nämlich ist diese Bestimmung als selbstverständlich, daß sie gar nicht auf den Gedanken kommen können, es müsse ausdrücklich nachdrücklich in einem Gesetz verankert sein. Ihre Arbeit ist von jeder einer Eisenbahn als zentrales Verkehrsmittel der Volkswirtschaft gewidmet. Man kann natürlich nichts gegen die Aufnahme dieses Satzes sagen, auch wenn sie eine Selbstverständlichkeit ist, aber gefährlich ist der „Rückbezug“, der aus der besonderen Freude an diesem Satz hervorgeht. Aber noch gefährlicher ist es, wenn von dieser Grundhaltung aus Schlußfolgerungen auf den organisatorischen Aufbau der Bundesbahn gezogen werden.

Es liegt also schon weitgehend in der Natur der Sache, daß der Verwaltungsrat einer Eisenbahn keine ständige Interessenpolitik vertreten kann, wie sie bei anderen Wirtschaftskörpern weitgehend möglich ist. Allein durch die Einzeligkeit zeigen, wie man sich in eigene Fleisch schneidet. Dabei können die Vertreter der einzelnen Gruppen zunächst die Probleme durchaus aus ihrem eigenen Blickwinkel betrachten. Die Vertreter der Gewerkschaften sollen auch im Verwaltungsrat der Bundesbahn gewerkschaftlich sein, ebenso wie die Vertreter der gewerkschaftlichen Wirtschaft, der Erhaltung, und Landwirtschaft, des Verkehrswesens, und die durch den ihnen Standpunkt an die Lösung der Probleme heranziehen sollen. Dafür sind sie nicht nur von den betreffenden Organisationen ernannt worden, sondern sie sind ja gerade unter diesem Gesichtspunkte in den Verwaltungsrat hineingezogen worden. Die notwendigen Gegenstände werden dann schon deutlich werden und sich auswirken. Dabei ist selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Persönlichkeiten auch den notwendigen Weitblick und vor allen Dingen die Bereitschaft haben, um die Gegenstände richtig zu wägen und sie mit der eigenen Auffassung abzumischen. Kurz gesagt, es kommt darauf an, Persönlichkeiten in den Verwaltungsrat zu senden, die neben hervorragenden Fachkenntnissen auf ihrem eigenen Gebiet auch einen gesamtgesellschaftlichen Blick haben.

Solche Persönlichkeiten wird man aber nur dann erhalten, wenn man dem Verwaltungsrat tatsächlich eine starke Stellung in der Führung der Bundesbahn gibt. Weder die Gewerkschaften noch die Wirtschaft werden bereit sein, ihre erste Garnitur für diesen Verwaltungsrat zur Verfügung zu stellen, wenn diesem ein so begrenztes Arbeitsgebiet gegeben wird, oder wenn auch nur zu befürchten ist, daß die Beschlüsse des Verwaltungsrates jederzeit von dritter Seite angefochten werden können, oder gar daß diesen dritte Seite unmittelbar in die Geschäftsführung der Bundesbahn eingreift und damit die Beschlüsse des Verwaltungsrates gegenstandslos machen kann. Dies ist aber hauptsächlich die Situation, in welcher sich der Verwaltungsrat nach dem Kabinettschwert befindet. Hier wird man entscheiden müssen, ob man Persönlichkeiten mit Weitblick und Verantwortungsbewußtsein in den Verwaltungsrat hineinziehen will, die gleichzeitig auch die Gewähr dafür bieten, daß die hinter ihnen stehenden Kräfte die Beschlüsse des Verwaltungsrates nicht nur in der wirkungsvollen Durchführung verfolgen, oder ob man sich mit Verbindungsmitgliedern zufrieden gibt, die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, die Aufgabe zu lösen, denen aber dann auch nicht das Rückgrat im eigenen Kreis zur Verfügung steht wie der ersten. Im ersten Falle hat man einen schicksalhaften Verwaltungsrat, im zweiten Falle wird man allerdings einen gutwilligen Beirat haben, auch wenn man ihm eine andere Bezeichnung beilegt.

## Ein starker Verwaltungsrat für die Bundesbahn!

Die Freunde des Kabinettschwerts für das Bundesgesetz haben mit besonderer Befassung gerne die Bestimmungen der Richtlinien der Politik der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere der Vorkurse, Wirtschaft, Finanzen und Sozialpolitik sind in die Deutsche Bundesbahn verbindlich hervorgehoben, weil sie in dieser Bestimmung einen ganz besonderen Fortschritt dieses Entwurfs gegenüber der bisherigen Gesetzgebung sehen. Diese Einstellung zeigt kaum von einer besonders guten Kenntnis des Eisenbahnwesens Deutschlands in seiner mehr als hundertjährigen Entwicklung, noch von einer Vertiefung in den Geleis der deutschen Eisenbahnen. Für diesen nämlich ist diese Bestimmung als selbstverständlich, daß sie gar nicht auf den Gedanken kommen können, es müsse ausdrücklich nachdrücklich in einem Gesetz verankert sein. Ihre Arbeit ist von jeder einer Eisenbahn als zentrales Verkehrsmittel der Volkswirtschaft gewidmet. Man kann natürlich nichts gegen die Aufnahme dieses Satzes sagen, auch wenn sie eine Selbstverständlichkeit ist, aber gefährlich ist der „Rückbezug“, der aus der besonderen Freude an diesem Satz hervorgeht. Aber noch gefährlicher ist es, wenn von dieser Grundhaltung aus Schlußfolgerungen auf den organisatorischen Aufbau der Bundesbahn gezogen werden.

Es liegt also schon weitgehend in der Natur der Sache, daß der Verwaltungsrat einer Eisenbahn keine ständige Interessenpolitik vertreten kann, wie sie bei anderen Wirtschaftskörpern weitgehend möglich ist. Allein durch die Einzeligkeit zeigen, wie man sich in eigene Fleisch schneidet. Dabei können die Vertreter der einzelnen Gruppen zunächst die Probleme durchaus aus ihrem eigenen Blickwinkel betrachten. Die Vertreter der Gewerkschaften sollen auch im Verwaltungsrat der Bundesbahn gewerkschaftlich sein, ebenso wie die Vertreter der gewerkschaftlichen Wirtschaft, der Erhaltung, und Landwirtschaft, des Verkehrswesens, und die durch den ihnen Standpunkt an die Lösung der Probleme heranziehen sollen. Dafür sind sie nicht nur von den betreffenden Organisationen ernannt worden, sondern sie sind ja gerade unter diesem Gesichtspunkte in den Verwaltungsrat hineingezogen worden. Die notwendigen Gegenstände werden dann schon deutlich werden und sich auswirken. Dabei ist selbstverständlich vorausgesetzt, daß die Persönlichkeiten auch den notwendigen Weitblick und vor allen Dingen die Bereitschaft haben, um die Gegenstände richtig zu wägen und sie mit der eigenen Auffassung abzumischen. Kurz gesagt, es kommt darauf an, Persönlichkeiten in den Verwaltungsrat zu senden, die neben hervorragenden Fachkenntnissen auf ihrem eigenen Gebiet auch einen gesamtgesellschaftlichen Blick haben.

Solche Persönlichkeiten wird man aber nur dann erhalten, wenn man dem Verwaltungsrat tatsächlich eine starke Stellung in der Führung der Bundesbahn gibt. Weder die Gewerkschaften noch die Wirtschaft werden bereit sein, ihre erste Garnitur für diesen Verwaltungsrat zur Verfügung zu stellen, wenn diesem ein so begrenztes Arbeitsgebiet gegeben wird, oder wenn auch nur zu befürchten ist, daß die Beschlüsse des Verwaltungsrates jederzeit von dritter Seite angefochten werden können, oder gar daß diesen dritte Seite unmittelbar in die Geschäftsführung der Bundesbahn eingreift und damit die Beschlüsse des Verwaltungsrates gegenstandslos machen kann. Dies ist aber hauptsächlich die Situation, in welcher sich der Verwaltungsrat nach dem Kabinettschwert befindet. Hier wird man entscheiden müssen, ob man Persönlichkeiten mit Weitblick und Verantwortungsbewußtsein in den Verwaltungsrat hineinziehen will, die gleichzeitig auch die Gewähr dafür bieten, daß die hinter ihnen stehenden Kräfte die Beschlüsse des Verwaltungsrates nicht nur in der wirkungsvollen Durchführung verfolgen, oder ob man sich mit Verbindungsmitgliedern zufrieden gibt, die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, die Aufgabe zu lösen, denen aber dann auch nicht das Rückgrat im eigenen Kreis zur Verfügung steht wie der ersten. Im ersten Falle hat man einen schicksalhaften Verwaltungsrat, im zweiten Falle wird man allerdings einen gutwilligen Beirat haben, auch wenn man ihm eine andere Bezeichnung beilegt.

Dies trifft in ganz besonderem Maß für die Auffassung zu, daß mit dieser Bestimmung ein starker Verwaltungsrat unvermeidbar sei. Diese Auffassung geht davon aus, daß der Verwaltungsrat aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftskreise, der Gewerkschaften u. a. besteht und daß diese letzten Endes ihre eigenen Interessen vertreten. Dadurch käme die notwendige Rücksicht auf die allgemeine Wirtschaftspolitik zu kurz. Noch weniger möglich wäre es aber, die gestordete Durchdringung der Bundesbahnführung mit den allgemeinen Grundlagen der Bundespolitik sicherzustellen. Man sieht hier offensichtlich in dem Verwaltungsrat einen Interessenpolitiker, der unabhörlern notwendigkeiten, vielleicht auch ohne Rücksicht auf die Interessen der Bundesbahn selbst, die Belange der von ihnen vertretenen Bevölkerungskreise vertreten.

Etwas mehr Einblick in die Arbeit des Verwaltungsrates der früheren Deutschen Reichsbahn und eine Umdeutung auf die Verwaltungsräte der Eisenbahnen in anderen Ländern beweist aber deutlich, daß für diesen Widerspruch zwischen der allgemeinen Bundespolitik und der praktischen Arbeit der Verwaltungsräte überhaupt kein Raum ist. Im Gegenteil, diese Verwaltungsräte sind gerade der verlässigste Arm, der die allgemeine Politik unter Einbezug der gesamten Wirtschaft strahlend in der Gewerkschaften bei der Geschäftsführung der Bundesbahn mit allgemeinem Erfolg zum Durchbruch bringt. Die große politische Linie der Regierung ist ja keine Erfindung aus dem luftleeren Raum, sondern sie muß Wiederhol finden im Handeln der Menschen, insbesondere im Wirtschaftswesen. Gerade deswegen ist es notwendig, der Bundesbahn einen Verwaltungsrat zu geben, der nicht nur aus der gewanten Kenntnis der Arbeitsbedingungen der Eisenbahn, sondern auch aus dem Rückblick der Rückwärtsentwicklung sowie letzten unter Beachtung der Wechselwirkungen aller Maßnahmen bei der Bundesbahnangelegenheit und innerhalb der Wirtschaft andererseits seine Beschlüsse dahingehend lassen kann, daß ein möglichst großer wirtschaftlicher Erfolg erzielt wird. Die zentrale Stellung der Eisenbahn im gesamten Wirtschaftsleben macht eine einseitige Wirtschaftsführung ohnehin unannehmlich, wenn nicht Rückschlüsse auf die Eigenentwicklung hingenommen werden sollen. Die Beschaf-

fungspolitik der Bundesbahn hat in ihren Auswirkungen auf das allgemeine Wirtschaftsleben auch unmittelbare Rückwirkungen auf die Einzelnen. Die Wirtschaft sieht die Bundesbahn sowohl als wichtiger Kunde wie als wichtigster Lieferer gegenüber. Hierbei handelt es sich zunächst um eine Bundesstellung der Eisenbahn. Ähnliche Verhältnisse finden wir bei anderen Wirtschaftskörpern, denn durch die Beschaffungspolitik immer anders gelagert sie der Absatzmärkte.

Teilweise Freigabe der Holzeinfuhr Englands

Die britische Regierung wird den Einkauf von Weichholz teilweise wieder in private Hände überführen. Private Firmen können von Januar nächsten Jahres an Weichholz aus Schweden, Finnland, Frankreich, Österreich und anderen Weichholzeinfuhrländern einführen. Wie das Handelsministerium mitteilt, werden jedoch die Käufe im Dollarbereich und anderen Hartwährungsgebieten weiterhin von dem Holzkontrollrat, der Einkaufsstelle der Regierung, vorgenommen. Ebenso ist das Amt verantwortlich für die Holzesteuer aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten.

Im engen Zusammenhang damit steht auch die Frage der Entsendung von Vertretern der Länder in den Verwaltungsrat. Beide Entwürfe gliedern dabei Beisetzungsmitglieder und Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften aus.

Der Bundesbahn ist aber nur damit gefolgt, wenn sie einen wirklich starken Verwaltungsrat hat, dessen Persönlichkeiten ihr nicht nur aus ihrer Kenntnis der wirtschaftlichen Erfordernisse zur Seite steht, sondern die gleichzeitig auch die Gewähr dafür bieten, daß seine Beschlüsse nicht nur bei der Bundesbahn durchgeführt werden, sondern gleichzeitig auch auf Verständnis und Unterstützung der gesamten Wirtschaft und aller Verkehrsteilnehmer rechnen können. Nur ein Verwaltungsrat aus Persönlichkeiten der ersten Garnitur, dem die notwendige Handlungsfreiheit gegeben ist, wird der Bundesbahn innerhalb der Wirtschaft des In- und Auslandes das notwendige Vertrauen sichern, das heute bei allen Wirtschaftsbeziehungen notwendig ist, besonders wenn es sich um so große Beträge handelt, die man einmal für ein Unternehmen mit 3,5 Milliarden Jahresumsatz in Frage kommen. Dies gilt insbesondere, wenn man daran denkt, und das muß man schließlich größere Kredite für die Bundesbahn auch zu machen Gedächtnis wer das Geld auch gibt, er wird zunächst sehen, ob der Verwaltungsrat ihm nicht nur für die formale Sicherheit des Geldes, sondern auch vor allen Dingen für die materielle Sicherheit durch die Geschäftsführung bürgt. Wenn ihm diese Voraussetzung nicht gegeben ist, wird er sein Geld wieder mit nach Hause nehmen, selbst wenn Minister anderer Auffassung sind. Mit der Stellung des Verwaltungsrates steht und fällt das ganze Gesetz und damit wird auch rückwärts das zukünftige Schicksal der Bundesbahn bestimmt. Je handlungsfähiger und klarer der Verwaltungsrat ist und je zuverlässiger man bei der Auswahl der Mitglieder vorgeht, um so mehr werden nicht nur die Interessen der Bundesbahn sichergestellt, sondern um so besser wird man sich durch eine geeignete Führungsmasse die durchsichtige selbstverständliche Engländer in die allgemeine Politik zu deren Gunsten aktivieren können.



Stimmungsbild gezeichnet wird. Wenn dies alles so geworden ist, dann wird man wohl wieder — und das kann schon bald sein — über Währung und Parität sprechen müssen. Bis dahin allerdings glauben wir nicht an eine Veränderung der Paritäten.

Nicht nur die Flucht aus dem Dollar ist das einzige Erstanteil in dieser Woche, sondern die Tatsache, daß die Kautschukpreise weiter stiegen, aber die Kurse der Kautschukpapiere an den Börsen sanken. Das ist gar nicht so unlogisch, denn in dem weiteren Steigen der Kautschukpreise zeigt sich nicht so sehr die Nachfrage, sondern die Unsicherheit. Die Hauptausgangsgebiete des Kautschuks sind in Gefahr. Die natürlichen Rückgänge der Franzosen in Indochina haben — nicht zu Unrecht — diese Unsicherheit gefördert. Es soll nicht bestritten werden, daß die Nachfrage nach Kautschuk groß ist, aber das neue Ansehen der Kautschukpreise ist nicht durch Käufe der USA-Besitzer zu Hortungszwecken entstanden, sondern durch Käufe Botchanis und der Sowjetunion. Wir haben schon in der vorigen Woche auf das Auffällige hingewiesen, daß immer noch keine Käufe der USA-Besitzer in Kautschuk erfolgt sind und nun sind auch in dieser Woche keine Kautschukkäufe von dieser Seite getätigt worden. Der zusätzliche Rohstoffbedarf für den zusätzlichen Rüstungsaufwand ist also offensichtlich noch nicht groß. Still man nun diese Tatsachen gegenüber, so ergibt sich das erstaunliche Bild, daß auf der einen Seite die Kautschukwerte an den Börsen fallen, weil man die Lage in Südostasien für sehr unsicher hält, andererseits aber die USA es nicht nötig haben, ihre Kautschukreserven zu erhöhen. Mit der Bonafabrikation in den USA kann diese Höhe nicht erklärt werden, denn diese reicht selbst wenn man alle Schichtenfaktoren in Bewegung bringt, nicht entfernt aus, einen kriegswichtigen Bedarf zu decken. So erklärt sich dieser scheinbare Widerspruch nur mit der politischen Entwicklung, die, in kurzen Worten gesagt, dahin zu gehen scheint, daß politisch eine stärkere Berührung eingetreten ist, aber auf der anderen Seite die europäischen Positionen in Südostasien als — auf langer Sicht gesehen — gefährdet (am nicht mehr zu sagen) betrachtet werden.

Daß der Zinnspeil in der vergangenen Woche wieder gestiegen ist, ergibt sich in diesem Zusammenhang von selbst.

### Die Devisenparität

Auch in Deutschland hat die in der vorigen Woche hier aufgeführte kritische Devisensituation zu einschneidenden Maßnahmen geführt. Fast eine Woche lang waren alle die Einfuhrbewilligungen im liberalisierten Außenhandel gesperrt. Seit Montag dieser Woche ist die Sperrung aufgehoben. Aber es sind einige neue Bremsen angebracht worden, unter denen die eine die wirksamste und wichtigste ist: Der Importeur muß mit dem Antrag auf Einfuhrbewilligung 50 Prozent des Wertes seiner beantragten Einfuhr bei der Bank Deutscher Länder hinterlegen, und ihm wird dieser Betrag erst zurückgegeben, wenn die Ware eingegangen ist — eine scharf kreditpolitische Maßnahme, die ihren Eindruck auf die deutschen Börsen (wie wir noch sehen werden) nicht verfehlt hat. Unsere Einfuhr ist tatsächlich enorm gestiegen, vom August mit 894 auf 1095 Mill. DM im September, und unsere Ausfuhr ging in dem gleichen Zeitraum von 733 auf 805 Mill. DM zurück. Unser Handelsdefizit hat sich danach von 111 auf 310 Mill. DM erhöht, also verdreifacht. Es mag erstaunlich klingen, daß trotz dieser Sachlage immer wieder gewünscht wird, Deutschland müsse seine Zölle mindern. Das ist nicht möglich, ist, ergeben zunächst die erwähnten Tatsachen. Es kommt hinzu, daß Deutschland aus seiner besonderen Lage heraus niemals ein Bündnis mit niedrigem Zollsatz kann. Das ist auch antizipiert seit kürzlich deutlich gesagt worden.

### Behinderte Ausfuhr

Es mag weiter in diesem Zusammenhang auf einige Besonderheiten, die zumeist zu Lasten Deutschlands kommen, aufmerksam gemacht werden. Deutsche Automobile können nach England nicht exportiert werden, weil dort ein striktes Einfuhrverbot besteht. Italien erhält einen Wertfuß von 72 und Frankreich einen Wertfuß von 48<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf Automobile, was prohibitiv wirkt. Aber Italien hat großen Wert darauf, seine Automobile nach Deutschland auszuführen. Also warum sollen wir so viel besser sein als die anderen und warum sollen wir mehr an wirtschaftlichen Zusammenarbeiten Europas tun als die anderen?

Und nun noch eine kleine handelspolitische Bemerkung: Dänemark bezieht jetzt Bananen aus Deutschland und freut sich darüber, daß es auf diese Weise Bananen bekommen kann. Und was liefert Dänemark dafür? Es ist erstaunlich aber wahr: Nylon-Strümpfe aus USA. Nun komme noch Island und sage, es gäbe keinen internationalen Handel mehr.

### Schwedeners Wirtschaftsknappe

Sorgen macht uns in jeder Hinsicht das Eisen. Die Schweden haben jetzt erklärt daß sie nur etwas mehr als die Hälfte der im Rohstoffdeckungsprogramm der Bundesregierung vorgesehenen Schwedenerze im Jahre 1951 liefern können. Damit ist von der Rohstoffseite her die Aufrechterhaltung der an sich schon knappen Eisen- und Stahlproduktion in Deutschland nicht nur gefährdet, sondern nahezu unmöglich. Es kommt auf der anderen Seite hinzu, daß man jetzt bereits eine offenkundige Erhöhung der deutschen Stahlproduktion erwirkt wurde, bereits eine nicht unerhebliche Menge von Stahl von uns erwartet, die wir für das Aufbauprogramm in Westeuropa zur Verfügung stellen sollen. Aus diesem Dilemma herauskommen, erscheint uns vorläufig völlig unmöglich.

### Engpässe

Und da wir gerade beim Eisen sind, wollen wir nicht verkämen darauf hinzuweisen, daß in der deutschen Automobilindustrie ein akuter Mangel an Karosserieteilen entstanden ist, durch den eine weitere Erhöhung der Automobilproduktion behindert wird. Ausnahmsweise ist nun dieser Mangel nicht auf Korea und Hortungen zurückzuführen, sondern ganz allein auf die Demontage. Schon seit Monaten liegt bei der alliierten Hochkommission ein Antrag auf Erhöhung der entsprechenden Kapazität, aber dieser Antrag ist bisher nicht einmal beantwortet worden. Behinderungen über Behinderungen und dies in einer Zeit, in der es der deutschen Automobilindustrie gelungen ist, ein Drittel ihrer Produktion zu exportieren. Soll die mühsam und mit hohen Kosten errichtete Exportorganisation, die in auch im Sinne der Marshallpläne ist, dadurch gefährdet werden,

## Baustoffversorgung gesichert

wenn Bautätigkeit stetig bleibt

Die allgemeine Kapazität der Steine- und Erden-Betriebe reicht aus, um einen über das ganze Reich stetig verteilten Baustoffbedarf zu decken, insbesondere wenn durch Kreditmaßnahmen eine Rationalisierung und Kapazitätsverbesserung ermöglicht wird. In Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Wohnungsbau weist die Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden e. V., die Behauptung der Studiengesellschaft für Trümmerverwertung, daß selbst bei voller Kapazitätsausnutzung der vorhandenen Werke eine Baustofflücke von 20-25 v. H. bleibe, als unrichtig zurück. Es wird jedoch nachdrücklich betont, daß allein die Stetigkeit der Bautätigkeit und damit des Baustoffbedarfes, die anstatt der auch 1950 wieder festzustellenden Konjunkturstimmung auf weitere Monate erreicht werden müsse, die ausreichende Baustoffversorgung zu vollwertig befähigt verteilbaren Preisen auf der Grundlage günstiger Kostengestaltung sichere.

Auf einer besonderen Tagung des Hauptauschusses der Arbeitsgemeinschaft Steine und Erden e. V. über die Preisbildung für Baustoffe, die gegenwärtige Baustoffversorgung und die Lage in den verschiedenen Zweigen der Steine- und Erden-Industrie wurde festgestellt, daß die Kosteneinstellung höher Preissteigerungen für Steine- und Erden-Erzeugnisse gegenüber dem Vorjahr im allgemeinen nicht begründet. Preissteigerungen, die lediglich unter dem Einfluß der gegenwärtig zusammengefallenen Nachfrage vorzunehmen würden, seien aber mit den Verpflichtungen gegenüber der sozialen Marktwirtschaft und besonders gegenüber dem sozialen Wohnungsbau nicht in Einklang zu bringen. Tatsächlich zeigt auch der Preisverlauf seit der Geldreform eine gleichbleibende zum Teil leicht sinkende Tendenz. Die gegenwärtigen Industrie-Preise ab Werk liegen nicht über dem Stand vom Herbst 1949. Vereinzelt Preissteigerungen seit dem Frühjahr dieses Jahres gehen nicht über den Stand vom Herbst 1949 hinaus und stellen lediglich die Korrektur von Preisrückgängen aus dem letzten Monat dieses Jahres dar. Allerdings wird die künftige Preisentwicklung durch verschiedene Kostensteigerungen bedroht, wenn auch nichts unversucht bleibt, sie möglichst aufzufangen. Lohn-erhöhungen werden in fast sämtlichen Zweigen der Steine- und Erden-Industrie gefordert und sind zum Teil bereits vereinbart worden. Die Kohlenpreise sind in Zweifel gestellt. Verschiedene Betriebsmittel, Verpackungsmaterialien u. a. sind schon heute teurer geworden.

Mäßigend werden die Kosten und Preise der Steine- und Erden-Industrie von der Stetigkeit der Beschäftigung beeinflusst. Die Stetigkeit ist wiederholt unter Hinweis auf die öffentlichen Bauprogramme in Aussicht gestellt, aber bisher nicht erreicht worden. Auch 1950 ist die Beschäftigung bisher sehr unzureichend gewesen. Der entscheidende Grund liegt in den Verzögerungen der Baufinanzierung und der dadurch veranlaßten Zusammenhaltung der Bautätigkeit auf wenige Monate. Die Mehrzahl der Steine- und Erden-Industrien hat erst seit einigen Monaten eine Kapazitätsausnutzung erreicht, die zwischen 50 und 75 v. H. liegt.

Zur Zeit haben die Zement- und die Dachziegelindustrie den höchsten Beschäftigungsgrad. Sie geben deshalb in der Öffentlichkeit am meisten Anlaß, Besorgnisse über eine unzureichende Kapazität zu äußern und aus diesem Grunde Baustoffbewirtschaftung, Preisüberwachung u. a. zu fordern. Bei der wiederholten betonten Knappheit an zementierten Dachziegeln ist es auffallend, daß diejenigen Zweige innerhalb der Steine- und Erden-Industrie, die außerhalb der Ziegelindustrie Dachdeckungsmaterialien herstellen, nämlich Schiefer, Betondeckstein und Asbestzementplatten, einen unter dem Durchschnitt liegenden Beschäftigungsgrad aufweisen. Der Index des Auftrags-einganges in der Zementindustrie ist von 71,3 im Januar auf 202,3 im August (Monatsdurchschnitt 1949 = 100) gestiegen. In den ersten sechs Monaten 1950 hat der Zementabatz einschließlich einer Ausfuhr von über 600 000 t insgesamt 4 600 000 t betragen. Dem steht der zusammengehaltene Absatz im Juli und August gegenüber mit fast 1 900 000 t. Dieser ungewöhnliche Stoßbedarf, an dem die Ausfuhr mit etwa 19 v. H. — für den Binnenmarkt also nicht entscheidend — beteiligt ist, wurde von der Zementindustrie durch Einsatz der Kapazitätsreserven ohne ersatz Störung gedeckt.

Im Gegensatz zu der dargelegten Entwicklung sind diejenigen Zweige, die für den Straßen- und Tiefbau arbeiten, auch heute noch unzureichend beschäftigt. An erster Stelle ist die Natursteinindustrie zu nennen, die nur eine Kapazitätsausnutzung von etwa 45 v. H. und damit einen Produktionsrückgang von nur 73 im Juli gegenüber 107 in der Gesamtindustrie und 123 in der übrigen Steine- und Erden-Industrie erreicht hat. Diese Feststellung ist um so beachtlicher, als die Natursteinindustrie für die Aufnahme von Arbeitslosen besonders geeignet ist, weil Straßen- und Wegbauten ebenfalls dem Arbeitsmarkt hervorstechend entgegenkommen und schließlich das Mißverhältnis zwischen ununterbrochener Verkehrsnahe und ständiger Verdichtungs- der überlasteten Straßennetze zu schon jetzt unzureichenden verkehrsmässigen und wirtschaftlichen Spannungen führt. Noch unzureichend, wenn auch anders begründet, ist die Beschäftigung der Natursteinindustrie, so daß Länderparlamente und Bundesrat sich mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesem Industriezweig befassen mußten, ohne jedoch bisher durchgreifende Erfolge verzeichnen zu können.

## Steuersorgen der Wirtschaft

Eine Aussprache mit dem badischen Finanzminister

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Konstanz sprach im Kreise des erweiterten Steuerausshusses der Industrie- und Handelskammer Konstanz, den badischen Finanzminister Dr. Eckert. Der Finanzminister war der Aufforderung des Kommissars, Vertreter der von ihr betroffenen Wirtschaft Gelegentlich zu einer Aussprache über Steuer- und Finanzprobleme zu geben, gern nachgekommen. Der Finanzminister hob in seinen anschließenden allgemeinen Ausführungen vor allem auf die Bedeutung des Steuerabkommens ab, das für die Bewältigung der Staatshaushalts erforderlich ist. Die Prognose, daß durch eine Senkung der Steuersätze das Steueraufkommen sich verbessern würde, habe sich im Verlauf der Ausführungen der Steuerreform 1950, mit Ausnahme des Lohnsteueraufkommens bewährt. Nachdem der Staat seinerseits eine Korrektur der Steuersätze vorgenommen hat, muß er nunmehr sich von der Wirtschaft eine Leistungsbereitschaft erwarten. Allgemein sei die Staatentlastung sehr stark beansprucht, vor allem durch die konstante und beträchtliche Belastung der Betriebskosten, die nach den Angaben des Herrn Finanzministers in Baden z. B. 40-50% des Erlöses ausmachen. Erreicht werden müsse, daß durch eine verbesserte Steuerpolitik die Finanzverwaltung der Notwendigkeit entbehen wird, neue Steuern einzuführen. Es komme also darauf an, das Verständnis der Wirtschaft und Staat zu fördern.

Aus der behandelten Tagesordnung und der sehr regen Diskussion verdient folgendes hervorgehoben zu werden: Die Bewertung der Valutaschuldverhältnisse in der DM-Eröffnungsbilanz wirkt sich durch die Rückbestimmung

der Folgen der Pfundabwertung auf den Bilanzstichtag zum 31. 8. 49 nachteilig gerade für die deutsche Wirtschaft aus, da durch diese vielfältige Verflechtung mit der benachteiligten Schweiz verhältnismäßig hohe Verlustverhältnisse aufweist. Die Vertreter der Wirtschaft betonten, daß es sich um eine willkürliche Auslegung des Gesetzes handeln würde, daß der Eindruck bestehe, die Finanzverwaltung wolle durch Einschaltung eines Zweckparagrafen im Änderungsgesetz den einseitigen Vorteil für den Fiskus legalisieren. Da das Änderungsgesetz bereits in das Stadium der Endberatung gelangt ist, wird eine Zurückziehung des betreffenden Paragrafen nicht für möglich gehalten.

Mit der Nominierung der Mitglieder für die Steueraussschüsse bei dem Finanzminister wird befürchtet, daß die Auswahl der Vertreter der Wirtschaft zu stark nach politischen Gesichtspunkten erfolgen könnte. Dem Wunsch nach Vermeidung einer Politisierung der Steueraussschüsse wurde vom Finanzminister dahingehend entsprochen, daß eine Anweisung des Finanzministers an die Finanzminister in dem von der Vermögensverwaltung getragenen Sinne in Aussicht gestellt wird.

Die Verwaltsordnung über die Verbuchung von Reisekosten, die ab 1. 10. 50 in Kraft treten soll, sieht eine Erweiterung der Nachweispflicht für die Reisekosten vor, die in ihrer Unmöglichkeit von der Wirtschaft für nicht tragbar gehalten wird. Nach den Mitteilungen der Vertreter der Finanzverwaltung ist vorgesehen, daß im Einvernehmen mit den zuständigen Finanzministern für die einzelnen Betriebe Vereinbarungen über individuelle Pauschätze für Reisekosten mit den

Gerüchten über eine Aufwertung des Pfundes der deutsche Außenhandel größere Gut haben in dieser Währung im Ausland entstehen ließ und daraus die große Devisenknappheit der Bank Deutscher Länder entstanden ist, aber es scheint uns doch, daß dies nicht allein die Ursache der deutschen Börsen begründet. Es ist in erster Linie die Geldknappheit und in zweiter Linie die vielen Unsicherheitsmomente, die wir heute und in früherem Bericht ausführlich darlegten. So kam es auch am Montag an den deutschen Börsen im allgemeinen zu Kursabschwüngen. Die Abschwüngen überlagerte einige Kurse vom Montag: Stahlverhüttung 84, Gießereifabrikation 87<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Kalkwerk 86, Rheinstahl 84, Hoesch 84<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Hoesch 84<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Conif. Gummi 117<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Siemens 87<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, AEG 87<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Winterhall 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Salathelfurt 89<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Deutsche Erdöl 84<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Lanz 58, Daimler 59, BMW 35, NSU 137, Salomander 78, Zellstoff Waldhof konnte um 1% auf 48 steigen und Accumulatoren sogar um 9 Punkte auf 100.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob es der Bundesregierung gelingt, die deutsche Wirtschaft ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen oder nicht. Die Fortgesetztheit beginnt bereits zu steigen. Die deutsche Industrie hat auf relativ starkem Niveau, wobei diese Preissteigerungen auffangen können, aber die Bundesregierung muß noch manches tun, um weiteren Preissteigerungen vorzubeugen. Von dem Gelingen dieser Bemühungen nämlich, von der Rohstoffbeschaffung und dem Halten der Preise wird es abhängen, ob die Marktwirtschaft erfolgreich ist, also weiter fortgeführt werden soll oder nicht.

Man hat uns sehrzeitweise keine klare Definition eines Rüstungsbetriebes geben können. Deshalb ist es vorgekommen, daß auch Kammfabriken, Elektrizitätswerke, Uhrenfabriken usw. demonstriert wurden. Es blieb den einzelnen Kommunisten vorbehalten, über „Rüstungsbetrieb oder nicht“ zu entscheiden. Meist siegte der Vertreter irgendeiner Konkurrenzgruppe. Im Augenblick haben wir auch keine genaue Definition kriegswichtiger Güter erhalten, dafür aber eine umfangreiche Liste, die je nach der Temperatur des Kalten Kriegs gehandelt wird. So war vor einiger Zeit ein altes Auto kein kriegswichtiges Gut, das das Kriegspotential eines tatsächlichen oder vermeintlichen Gegners stärken konnte. Heute ist ein altes Auto kriegswichtiges Material und kann nicht nach dem Osten exportiert werden.

Jetzt erhielten wir endlich eine Definition des totalitären Systems. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Staatssicherheitsgesetz, das sehr unliebsame Auswirkungen zeitigt. Ein totalitäres System kennzeichnet sich nach diesem amerikanischen Gesetz:

- a) durch die Existenz einer einzigen Partei, die auf der Grundlage des Führerprinzips organisiert ist und so enge Verbindungen mit der Regierung und ihrer Politik hat, daß Partei und Regierung eine nicht zu unterscheidende Einheit bilden;
  - b) durch die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition zu einer soliden Partei.
- Diese Definition ist unzureichend. Wir wollen versuchen, sie etwas genauer zu fassen. Eine Vereinfachung in dieser Frage ergibt sich vielleicht, wenn wir feststellen, daß das totalitäre System in einem Staate die Moral bei der Verfolgung seiner Ziele nicht bestimmend mitzureden läßt. Der Nutzen des Staates wird von ihm höher bewertet als das Recht. Besteht hierin in der Tat ein Kennzeichen des totalitären Systems, so ist sowohl der fachliche als auch der kommunistische Staat totalitär.
- Der fachliche Staat untersteht sich vom juristischen nicht in bezug auf das Verhalten zu dem Gremien des Rechts, sondern in bezug auf den Zweck der staatlichen Aktionen, die bei dem einen Größe, Macht, vielleicht auch dem Wohlstand des eigenen Volkes anstrebt, bei dem andern vorgibt, sich Größe, Macht und Wohlstand der proletarischen Klasse nicht vor dem eigenen, sondern aller Völker zum Ziele gesetzt zu haben. Der eine sieht sich, um sein Programm verwirklichen zu können, schließlich genötigt, andere Völker und Nationen zu unterwerfen, der andere führt einen Verzichtungs-kampf gegen die nichtproletarischen Klassen aller Länder, und beide sind die eigene Klasse zu unterdrücken. So die moralischen Hindernisse, die auch im eigenen Lager der Erreichung der staatlichen Zwecke entgegenstehen, anders nicht überwunden werden können. Im Zuge dieses Prozesses werden endlich beide Regime Selbstzweck, indem die Bürokratie lernt, sich mit dem staatlichen Ziel zu identifizieren. Es besteht dann keine Diktatur der Nation mehr und keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der Parteibürokratie, d. h. eine Diktatur der herrschenden Klasse.
- Das etwas ist die gesamte Definition des totalitären Systems. Es ist vielleicht zweckmäßiger, es zweimal zu lesen. Wenn man um sich blickt, wird man dann feststellen, daß es außer dem totalitären System des Faschismus und des Kommunismus noch einige Systeme gibt, die nicht minder totalitär sind, wie z. B. der Totalitarismus der sich im Augenblick einiger Beliebtheit erfreut. Auch gibt es hin und wieder Stimmensführer, die ebenfalls totalitär regieren, also praktisch ebenfalls unter diese amerikanische Sicherheitsgesetz fallen müßten.

Sehen wir uns aber noch aufmerksam um, so werden wir zuweilen finden, daß auch die Demokraten nicht immer abgeneigt zu sein scheinen, sich weniger demokratischer Maßnahmen zu bedienen, z. T. solcher, für die die totalitären Systeme das Erprobterste besitzen, wie z. B. der Konzentrationslager. Man darf nur nicht vergessen, daß Zwang immer mehr Zwang fordert und Zwang ist immer unmoralisch, also undemokratisch.

### Nach den Wahlen

In der Ostzone wurde gewählt. Man mag diese Wahlen als „Schweide“ bezeichnen, man schafft damit nicht die aus dieser Volksabstimmung sich ergebenden Folgen aus der Welt. Es wäre zweckmäßig, sich die etwaige kommende Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik vor Augen zu führen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die sojzialistische Besatzungsmacht ein Friedensabkommen mit der DDR anstreben wird — immer im Hinblick auf die Situation in der Bundesrepublik —, vielleicht auch, daß sie eines Tages die Besatzungstruppen bis auf einige kleinere Detachements nach Ostdeutschland zurückzieht. Die Volkspolizei ist mittlerweile eine ganz beachtliche nationale Armee geworden. Der man heute ohne weiteres zutrauen könnte, Berlin zu überren-

nen könnten. Es wird eine Anweisung an die Finanzämter herausgehen, die auf eine der jeweiligen Verhältnisse weitgehende Berücksichtigung der Behandlung dieser Frage abgeben.

Nachdem die Bundesstaatsorgane die Einführung einer Luxussteuer abgelehnt haben, bleibt noch die Frage der Spitzensteuer für die Betriebe offen. Die Mängel und Nachteile dieser Nebensteuer werden auch von der Finanzverwaltung nicht bestritten. Der badische Finanzminister hat sich bisher immer gegen die Einführung einer derartigen Steuer ausgesprochen. Er wird diesen Standpunkt auch im Bundesrat, dessen Mitglied er ist, vertreten.

Auf dem Gebiete der Gewerbesteuer bestehen stark unterschiedliche Zahlungsansätze in den einzelnen Ländern. Es wird von der Wirtschaft eine Vereinheitlichung angestrebt. Die badische Finanzverwaltung wird bei den künftigen Besprechungen mit den zuständigen Ressorts der übrigen Länder sich bemühen, auf Grund des vorgetragenen Wunsches eine einheitliche Regelung herbeizuführen.

Die zeitliche Begrenzung der Beschlüsse über die Zuordnung der betrieblichen Pensionen und die Unterabteilung des Einkommens für die DM-Eröffnungsbilanz wurde von der Kammer beanstandet und beantragt, daß einer Fristverlängerung stattgegeben wird.

Ein künftiger Erlass des Oberfinanzpräsidiums wirkt sich für die Gebühren bei

der Zollvorschau erhöht aus, ohne daß ein entsprechend erhöhter Aufwand der Zollverwaltung gegenübersteht. Die Überprüfung dieser Beihilfen wird selbstens des Finanzministeriums vorgenommen.

Schließlich wird von Dr. Eckert unter Hinweis auf die Preissteigerungen das sehr aktuelle Thema angesprochen, welche Stellung von der Wirtschaft bezogen würde für den Fall, daß für Bund und Länder aus Sicherheitsgründen neue schwere Ausgaben erwachsen würden. Hier würde zunächst natürlich der sehr bestimmte Wunsch laut, durch rückwirkende Einsparungen an anderen Stellen Beiträge zu erbringen. Darüber hinaus wurde, wenn diese Quellen völlig erschöpft sind, von der Mehrheit der Vertreter der Weg der möglichen Erhöhung der Umsatzsteuer ins Auge gefaßt unter Schonung der lebensnotwendigsten Ernährungsgüter und im Bewußtsein aller etwas sich ergebenden Konsequenzen. Man war sich darüber klar, daß die außerpolitischen Probleme dem Volk ein Opfer auferlegen würden, das unvermeidlich sei.

In der Schlußansprache betonte der Finanzminister, daß ihm die Aussprache wertvolle Hinweise gegeben habe. Er betonte diese Veranstaltung als einen erfolgreichen Auftakt der Fünftägigen Beratungen des Ausschusses des Fiskus und der Wirtschaft, wobei durch die Industrie- und Handelskammer Konstanz in erheblicher Weise Hilfestellung geleistet worden sei.

## Wir greifen auf:

### Was ist ein totalitäres System?

Man hat uns sehrzeitweise keine klare Definition eines Rüstungsbetriebes geben können. Deshalb ist es vorgekommen, daß auch Kammfabriken, Elektrizitätswerke, Uhrenfabriken usw. demonstriert wurden. Es blieb den einzelnen Kommunisten vorbehalten, über „Rüstungsbetrieb oder nicht“ zu entscheiden. Meist siegte der Vertreter irgendeiner Konkurrenzgruppe. Im Augenblick haben wir auch keine genaue Definition kriegswichtiger Güter erhalten, dafür aber eine umfangreiche Liste, die je nach der Temperatur des Kalten Kriegs gehandelt wird. So war vor einiger Zeit ein altes Auto kein kriegswichtiges Gut, das das Kriegspotential eines tatsächlichen oder vermeintlichen Gegners stärken konnte. Heute ist ein altes Auto kriegswichtiges Material und kann nicht nach dem Osten exportiert werden.

Jetzt erhielten wir endlich eine Definition des totalitären Systems. Im Zusammenhang mit dem amerikanischen Staatssicherheitsgesetz, das sehr unliebsame Auswirkungen zeitigt. Ein totalitäres System kennzeichnet sich nach diesem amerikanischen Gesetz:

- a) durch die Existenz einer einzigen Partei, die auf der Grundlage des Führerprinzips organisiert ist und so enge Verbindungen mit der Regierung und ihrer Politik hat, daß Partei und Regierung eine nicht zu unterscheidende Einheit bilden;
- b) durch die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition zu einer soliden Partei.

Diese Definition ist unzureichend. Wir wollen versuchen, sie etwas genauer zu fassen. Eine Vereinfachung in dieser Frage ergibt sich vielleicht, wenn wir feststellen, daß das totalitäre System in einem Staate die Moral bei der Verfolgung seiner Ziele nicht bestimmend mitzureden läßt. Der Nutzen des Staates wird von ihm höher bewertet als das Recht. Besteht hierin in der Tat ein Kennzeichen des totalitären Systems, so ist sowohl der fachliche als auch der kommunistische Staat totalitär.

Der fachliche Staat untersteht sich vom juristischen nicht in bezug auf das Verhalten zu dem Gremien des Rechts, sondern in bezug auf den Zweck der staatlichen Aktionen, die bei dem einen Größe, Macht, vielleicht auch dem Wohlstand des eigenen Volkes anstrebt, bei dem andern vorgibt, sich Größe, Macht und Wohlstand der proletarischen Klasse nicht vor dem eigenen, sondern aller Völker zum Ziele gesetzt zu haben. Der eine sieht sich, um sein Programm verwirklichen zu können, schließlich genötigt, andere Völker und Nationen zu unterwerfen, der andere führt einen Verzichtungs-kampf gegen die nichtproletarischen Klassen aller Länder, und beide sind die eigene Klasse zu unterdrücken. So die moralischen Hindernisse, die auch im eigenen Lager der Erreichung der staatlichen Zwecke entgegenstehen, anders nicht überwunden werden können. Im Zuge dieses Prozesses werden endlich beide Regime Selbstzweck, indem die Bürokratie lernt, sich mit dem staatlichen Ziel zu identifizieren. Es besteht dann keine Diktatur der Nation mehr und keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der Parteibürokratie, d. h. eine Diktatur der herrschenden Klasse.

Das etwas ist die gesamte Definition des totalitären Systems. Es ist vielleicht zweckmäßiger, es zweimal zu lesen. Wenn man um sich blickt, wird man dann feststellen, daß es außer dem totalitären System des Faschismus und des Kommunismus noch einige Systeme gibt, die nicht minder totalitär sind, wie z. B. der Totalitarismus der sich im Augenblick einiger Beliebtheit erfreut. Auch gibt es hin und wieder Stimmensführer, die ebenfalls totalitär regieren, also praktisch ebenfalls unter diese amerikanische Sicherheitsgesetz fallen müßten.

Sehen wir uns aber noch aufmerksam um, so werden wir zuweilen finden, daß auch die Demokraten nicht immer abgeneigt zu sein scheinen, sich weniger demokratischer Maßnahmen zu bedienen, z. T. solcher, für die die totalitären Systeme das Erprobterste besitzen, wie z. B. der Konzentrationslager. Man darf nur nicht vergessen, daß Zwang immer mehr Zwang fordert und Zwang ist immer unmoralisch, also undemokratisch.

### Nach den Wahlen

In der Ostzone wurde gewählt. Man mag diese Wahlen als „Schweide“ bezeichnen, man schafft damit nicht die aus dieser Volksabstimmung sich ergebenden Folgen aus der Welt. Es wäre zweckmäßig, sich die etwaige kommende Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik vor Augen zu führen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die sojzialistische Besatzungsmacht ein Friedensabkommen mit der DDR anstreben wird — immer im Hinblick auf die Situation in der Bundesrepublik —, vielleicht auch, daß sie eines Tages die Besatzungstruppen bis auf einige kleinere Detachements nach Ostdeutschland zurückzieht. Die Volkspolizei ist mittlerweile eine ganz beachtliche nationale Armee geworden. Der man heute ohne weiteres zutrauen könnte, Berlin zu überren-

nen und zu „befreien“. Wir sagen, man „könnte“ es ihr zutrauen, andererseits dirigieren immer noch die Sowjets und so ist es durchaus möglich, daß eine zweite Belagerung Berlins über kurz oder lang in Szene gesetzt wird.

Mittlerweile werden die nationalen Parolen immer stärker. Man sollte sie nicht unterschätzen. Die Russen sind keineswegs schlechte Psychologen und deshalb auch keine schlechten Politiker, wie man meist anzunehmen geneigt ist. Sie setzen ihr Potential klug ein, verteidigen die Fiktion und der Wirtschaft, wobei durch die Industrie- und Handelskammer Konstanz in erheblicher Weise Hilfestellung geleistet worden sei.

### Monopol des Chinahandels

Am 10. Oktober wurde in Peking ein Handelsabkommen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik abgeschlossen. Vor der Abreise der ostdeutschen Delegation nach Peking wurde die Bedeutung dieser Verhandlungen bereits hervorgehoben und betont, daß die Delegation einen Vertrag für ganz Deutschland abschließen werde. Bei der Unterzeichnung des Vertrages waren der stellvertretende Außenminister und der Handelsminister der chinesischen Volksrepublik anwesend. Handelsminister Jeh Tschang-an betont, daß die Politik der chinesischen Volksrepublik darin bestehe, den Handel mit Gesamtdeutschland ausschließlich über die Organe der Deutschen Demokratischen Republik zu leiten.

Auf Grund des neuen Vertrages werden 80 Prozent der deutschen Lieferungen aus Fertigwaren, Maschinen, in der Hauptzahl Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, feine mechanische und optische Erzeugnisse sowie Chemikalien. China wird Rohstoffe und Lebensmittel liefern. Für die Vorbereitung und den Abschluß von Einzelverträgen ist die Deutsch-Chinesische Handelsgesellschaft in Berlin zuständig.

### Europa-Aktivisten

In einer Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf erklärte der geistige Leiter der Europa-Bewegung der Studenten, Professor Moschell von der Straßburger Universität, daß in der nächsten Zeit weitere Demonstrationen für den Europastunden erfolgen werden. Prof. Moschell, der ein begeisterter Anhänger von der Verwirklichung der Grenzpläne durch Studenten europäischer Nationen während der Straßburger Tagung hin, damals seien es 300 junge Männer gewesen, meinte der Professor, jetzt könne man bereits 3000 Aktivisten für die europäische Idee zählen. Immether, der Europastunden marschiert.

Damit er aber nicht ein allzu schnelles Tempo einschlägt und die Grenzpläne nicht nur symbolisch entfernt, wird er von Zeit zu Zeit durch entsprechende Handlungen gestoppt, gerade dort, wo man ihn sichtbar demonstrieren könnte. So haben sich die französischen Behörden z. B. nicht entscheiden können, den Kriegsverfahren im Kruppwerk verfahren Maßnahmen zu belassen, mit dem Hilfe diese Arbeiter hochgehört und allerlei Küchengeräte herstellen zu dürfen und ihre Angehörigen ein Existenzminimum zu erhalten. Die Maschinen müssen endgültig demontiert werden, ein Angebot, dafür gleichwertige andere Maschinen zu liefern, wurde abgelehnt. Entweder, das ist uns nicht ganz klar, werden diese Maschinen demontiert, nur weil es auf dem Papier steht, oder weil die Sicherheit des Nachkriegs durch diese Kochtopfpressen bedroht erscheint.

Daß das französische Volk gutgläubig ist, ist ihm nicht zu verdenken, aber einige alte Maschinen dürfen es doch kaum beunruhigen, viel eher sollten es, so müßte man annehmen, jene Panzer tun, die mit einem roten Stern versehen sind. Ihre Schnelligkeit liegt auf guten Straßen bei etwa 60 bis 70 km die Stunde. Man muß fast befürchten, daß die Europäer diese urzeitlichen Maschinen zu wenig Treibstoff hat, um ein etwas schnelleres Tempo anzuschlagen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Vertriebsstraße 3, Telefon 8984, Herausgeber und Verantwortlich: O. van Raay, Karlsruhe, Zuständiges Verlagsorgan: Erlangen-Baden, Besondere Vierteljährlich 6,- DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Volkensir. 35, vor Tel. in Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig. Berliner Verlag - Vertreter: Erich Pösch, Berlin-Charlottenburg 4, Lehndamm - Straße 60, Tel. 97 06 10. Satz und Druck: Badensdruck GmbH, Karlsruhe.



# Adam Opel AG.

### Über 30 Millionen DM Reingewinn in einundhalb Jahren — Kapitalumstellung 11

Die Adam Opel AG, Rüsselsheim, legt die letzte Reichsmarkbilanz, die DM-Eröffnungsbilanz und die Bilanz zum 31. Dezember 1949 vor.

Vergleichen wir zunächst einmal die Reichsmark-Schlußbilanz und die DM-Eröffnungsbilanz. Dabei ergibt sich — in großen Zügen — daß das Anlagevermögen, das in der Reichsmark-Schlußbilanz mit 34 Mill. RM bewertet war, in der DM-Eröffnungsbilanz mit 71,5 Mill. DM erscheint. Dabei hat man die Maschinen, die in der RM-Bilanz mit dem Erinnerungswert von 1,— RM erschienen, wieder auf 47,5 Mill. DM aufgewertet, ebenso erscheint wieder die Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 13 Mill. DM, und bei den Fertighilfsanlagen wurde eine kleine Aufwertung von 15,1 Mill. RM auf 19,4 Mill. DM vorgenommen. Bei dieser Neubewertung nahm man den steuerlichen Einheitswert unter Berücksichtigung der Kriegsschäden zum Ansatz, die Auslandsobjekte blieben bei den Erinnerungswerten mit 1,— DM und die Maschinen sowie Betriebsausstattungen wurden vorsichtig bewertet. Der Posten Werkzeuge wurde in unveränderter Höhe in die DM-Bilanz übernommen.

Während also das Anlagevermögen stark aufgewertet wurde, wurde das Umlaufvermögen fast um den gleichen Betrag abgewertet, nämlich insgesamt von 91,4 Mill. RM auf 41,5 Mill. DM. Allerdings sind trotz dieser Abwertung im Umlaufvermögen doch einige Aufwertungen vorgenommen worden, so die Rohstoffe und die Halbfabrikate. Die Bewertung der Rohstoffvorräte erfolgte zu dem jeweils niedrigsten Wiederbeschaffungspreis in der Zeit zwischen dem 31. 8. 48 und dem 31. 8. 49. Trotz dieser niedrigen Bewertung haben sich die Rohstoffvorräte von 11,5 Mill. RM auf 21,5 Mill. DM erhöht. Bei den Halbfabrikaten, die sich von 2,8 Mill. RM auf 6,7 Mill. DM erhöhten, wurden nur der Materialbestandteile den Wiederbeschaffungspreisen angepaßt. Löhne und Gemeinkosten wurden in gleicher Höhe wie in der

RM-Bilanz eingesetzt. Es muß weiter erwähnt werden, daß sich die Bankguthaben von 82,1 Mill. RM auf 4,8 Mill. DM vermindert haben, wie wir noch sehen werden, waren am 31. Dezember 1949 die Bankguthaben schon wieder auf 67,3 Mill. DM angewachsen, also auf einen höheren Stand als am 28. Juni 1948. Anlage- und Umlaufvermögen betragen danach in der DM-Bilanz rund 115 Mill. DM, in der DM-Eröffnungsbilanz rund 112 Mill. DM, haben sich also fast nicht verändert, wie schon angedeutet. In der RM-Schlußbilanz erschienen unter den Abgrenzungsposten links die verlorenen Betriebe (vor allem Braunsberg), die Forderungen an das Reich, Kriegsschadensforderungen usw. mit insgesamt 217 Mill. RM. Auf der Passivseite sind schon in der RM-Bilanz entsprechende Gegenposten gebildet worden: Ansprüche mit 117,5 Mill. DM und Rückstellungen für ungewisse Schulden mit 40 Mill., also wieder reichlich der gleiche Betrag wie links. In der DM-Eröffnungsbilanz nun sind sowohl links wie rechts diese Posten verschwinden. Das Aktienkapital blieb mit 65,9 Mill. DM, die gesetzliche Rücklage mit 8,9 Mill. DM unverändert. Außerdem war es noch möglich, eine freie Rücklage von 7,8 Mill. und eine weitere Rückstellung für ungewisse Schulden von 3,8 Millionen zu bilden. Die 2 Mill. Dollarreserve ist in der DM-Eröffnungsbilanz mit 6,6 Mill. entsprechend dem damaligen Dollarkurs eingesetzt (und in der Bilanz von 1949 wieder auf 8,4 Mill. DM, entsprechend dem letzten Dollarkurs, Verbuchungswert in der DM-Bilanz mit 6,9 Mill. angegeben. Es war also der Adam Opel AG möglich, trotz der riesigen Kriegsverluste und des Verlustes über die Hälfte des Umlaufvermögens eine ausgeglichene DM-Eröffnungsbilanz bei voll erhaltenem Aktienkapital und normalen guten Reserven aufzustellen, was im wesentlichen nur durch die — allerdings vorsichtige — Wiederbewertung der Maschinen gelang.

Die Bilanz zum 31. Dezember 1949 zeigt wieder die frische Bilanzierungstechnik,

die wir von Opel aus den Friedensjahren her kennen und die geradezu erstaunliche Erholung, die die Firma erreicht. Das Anlagevermögen erhöht in den 1½ Jahren einen Zugewinn von 35,8 Mill. DM, dem ein Abgang (durch Abschreibung und Verrechnung von 2,3 und eine Abschreibung von 39,3 Mill. gegenübersteht, so daß das Anlagevermögen jetzt mit 101,6 Mill. DM zu Buche steht. Opels Bilanz also in den ersten 1½ Jahren nach der Währungsreform über die Hälfte des Anlagevermögens aus der Eröffnungsbilanz abschreiben. Nachfolgend man das RM-Anlagevermögen und die Zugänge aus dem letzten 1½ Jahren, dann ist der jetzt ausgewiesene Wert des Anlagevermögens bereits geringer bewertet als in der Reichsmark-Schlußbilanz.

Das Umlaufvermögen konnte in den 1½ Jahren vermindert werden (von 41,5 auf 120,3 Mill. DM) und von diesen 120 Mill. DM sind mehr als die Hälfte, nämlich 77,5 Mill. allein Bankguthaben. Die Rohstoffvorräte und die Halbfabrikate haben sich nur wenig vermehrt (insgesamt von 22,2 auf 28,7), der Bestand an Fertigfabrikaten stieg von 7,8 auf 18,0 Mill. DM.

Auf der Passivseite ist das AK, die gesetzliche Rücklage und die freie Rücklage unverändert geblieben. An Rückstellungen für ungewisse Schulden wurden 34,8 Mill. gegen 3,8 Mill. angesetzt. Die Erhöhung wird im Geschäftsbericht mit ungewissen Steuerschulden und einer Vorsorge für sonstige Eventualverbindlichkeiten begründet. Der Anleihen sind, wie erwähnt, mit 4,4 Mill. DM bewertet und die übrigen Verbindlichkeiten mit 23,8 Mill. DM. Auf der Warenseite sind mit 14,3 Mill. DM ausgewiesen sind gegen 6,7 Mill. in der Eröffnungsbilanz, also wesentlich stärker gestiegen sind, als der Zuwachs der Vorräte und Halbfabrikate entspricht. Es ist also trotz des hohen Bankguthabens auch der fast doppelt so hohe Stand an Fertigfabrikaten mit Warenschulden finanziert worden.

Eine gewisse Erklärung dafür gibt ein schwer zu vergleichender Satz im Geschäftsbericht: „Außer den in der vorliegenden Bilanz als Sachanlagen eingetragenen 30,8 Mill. DM am 31. Dezember 1949 waren weitere 32 Mill. DM für laufende Projekte aus künftigen Mitteln der Firma bereitgestellt, die noch nicht als Verbindlichkeiten oder auch als Rücklagen erscheinen.“ Wenn diese 32 Mill. DM tatsächlich vor dem Bilanzstichtag ausgegeben wurden, dann hätten die Bankguthaben entsprechend ermäßigt und irgendwelche Werte in den Anlagen erscheinen müssen, also vor dem Bilanzstichtag abgesetzt und noch nicht als Aktivposten in der Bilanz erschienen? Wie sagt, ein etwas schwer zu verstehender Satz.

Die Erfolgsrechnung zum 31. 12. 1949 zeigt einen Rohüberschuß von 309 Mill. DM, wenn noch Zinsen mit 31 Mill. hinzu kommen, dann sind 340 Mill. DM zu erwarten. Gehälter und soziale Abgaben 71,4 Mill., Abschreibungen, wie erwähnt, 38,3 Mill., außerordentliche Aufwendungen 8 Mill. und außerordentliche Einnahmen 54,4 Mill. Dieser letztgenannte Posten ist besonders interessant, nicht nur, weil er Umsatzerlöse und Gewerbesteuer ist, dann ergibt sich, daß der körperschaftsteuerpflichtige Reingewinn der Adam Opel AG, an dem die Höhe des Aktienkapitals erreicht hat — und trotzdem sind noch in der Bilanz Rückstellungen gemacht worden auf etwa 100 Millionen! Der in der Bilanz zum 31. Dezember 1949 ausgewiesene Gewinn beträgt 30,4 Mill. DM, also

37,3% des Aktienkapitals. Wörtlich heißt es dazu: „Trotz des ausgewiesenen zufriedenstellenden Ergebnisses kann sich der Vorstand nicht dazu entschließen, die Ausschüttung einer Dividende zur gegenwärtigen Zeit vorzuschlagen.“ Vielleicht sind die 30 Mill. ausgewiesenen Reingewinn (identisch mit dem erwähnten etwas unklaren 32 Mill. DM).

Bei einer Produktion von 2 Zl. 200 Wagen am Tag ist das Werk etwa an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Die Geschäftsleitung hofft jedoch, die Produktion in den nächsten Jahren erheblich darüber hinaus zu steigern.“ Die Zahl der Belegschaftsmitglieder betrug Ende 1948 rund 19.000 und am 31. Juli 1950 über 22.000. Der Anteil des Exports am Gesamtumsatz betrug im ersten Halbjahr 1950 32,1%.

Die IV. ordentliche Hauptversammlung der Adam Opel AG wurde am 28. August 1950 abgehalten. In ihr wurde beschlossen, das Grundkapital im Verhältnis 1 Reichsmark = 1 Deutsche Mark auf 80 Mill. DM festzusetzen. Ferner wurde beschlossen, den für die Geschäftsperiode vom 31. Juni 1948 bis 31. Dezember 1949 bilanziell ausgewiesenen Reingewinn, ohne Ver-

teilung einer Dividende auf neue Rechnung vorzutragen.

## Gebr. Dickertmann AG

Die IV. der Gebr. Dickertmann, Hebergraben, AG, Bielefeld, beschloß, das AK im Verhältnis 1:1 auf 1.125 Mill. DM umzustellen und aus dem im ersten DM-Geschäftsjahr (31. 8. 1948 bis 30. 8. 1949) sich ergebenden Reingewinn von 37.250 DM eine Dividende von 3 v. H. auszuschütten. Der Umsatz läßt sich dem Geschäftsbericht zufolge in normalen Grenzen, kleinere Objekte folgten in normalem Maße, während für größere Vorhaben noch allgemein die Mittel fehlten. In neuen Bundesländern und Bergen als Käufer nahmen ähnlich angefallen. Infolge des verschärften Wettbewerbs seien alle Aufträge praktisch stark umkämpft worden. Auftragsbestand und Beschäftigung werden als ausreichend angesehen. Das Exportgeschäft zeige eine ständig steigende Tendenz.

Von Bilanz per 30. 8. 1949 (alles in Mill. 1950) weist im Vergleich zur DM-Eröffnungsbilanz Rücklagen und Rückstellungen erhöht mit 1,15 (1,30) bzw. mit 6,12 (6,02) aus. Verbindlichkeiten nahmen auf 6,33 (6,32) zu. Andererseits erschienen unter dem Umlaufvermögen von 1,73 (1,12) u. a. Vorräte mit 1,39 (1,98) und Warenforderungen mit 0,3 (0,86). Das Anlagevermögen wird mit 1,25 (1,15) bewertet.

## Wieder Privilegien für öffentliche Betriebe?

Frankfurt a. M., Mitte Oktober.

Zum Entwurf des Gesetzes über einen allgemeinen Lastenausgleich des Bundesfinanzministers hat der Arbeitsstab für den Lastenausgleich beim Bundesrat, dem sämtliche Länder des Bundes angehören, und ungefähr gleichzeitig die Hauptausarbeitung des Städtetages in Bonn die Forderung aufgestellt, die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der öffentlichen Hand von der Abgabepflicht zu befreien. Er ist stämmisch seitens der Städte der Hochverwertung widersprochen worden, daß je die Befreiung keine Ausnahme für diese Betriebe gemacht habe und damit das Lastenausgleichsgesetz prinzipiell. Man hat wieder einmal angeführt, daß das städtische Vermögen in Gaswerken und Straßenbahnen in der Regel nicht im Wettbewerb mit anderen Unternehmungen stehe und also aus Wettbewerbsgründen nicht der Belastung bedürftig. Man hat auf mögliche Tarif erhöhungen bei einer Belastung hingewiesen und ähnliches.

Die Argumente sind bekannt und sie haben sich vor etwa 30 Jahren einmal in der Steuerreform von Kraberg in einer Reihe von Befreiungsvorschlägen für öffentliche Betriebe von allgemeinen Steuerlasten niederschlagen. Mittlerweile hat sich aber sowohl bei den Finanzwissenschaftlern, wie auch bei den Wirtschaftlern, die Überzeugung durchgesetzt, daß gar kein Grund vorliegt, die öffentlichen Betriebe steuerlich zu privilegieren. Im Gegenteil. Die Entwicklung der Technik hat gezeigt, daß die wirtschaftlichste Versorgung mit Gas und Elektrizität nur durch den Zusammenstoß größerer Gebiete möglich ist und daß es deswegen erforderlich ist, für alle Unternehmungen, die sich auf dem Versorgungsgebiete betätigen, gleiche Voraussetzungen zu schaffen, um den notwendigen Wettbewerb zu sichern. Denn es ist klar, daß ein Unternehmen, das infolge steuerlicher Privilegierung mit geringeren Unkosten zu rechnen hat, sich nicht mit einem anderen zusammenschließen mag, das ihm steuerliche Lasten bringt und ferner, daß auch unwirtschaftliche Betriebe diese Vorteile verschleimen können, wenn ihnen von vornherein wesentliche Kosten von jedem Stadtbürger und Unternehmen als tragende Lasten nicht auferlegt sind. Kein geringerer als Popitz hat hierüber in seiner Denkschrift im Finanzausschuß 1932 sich eingehend und die Privilegierung ablehnend geäußert. Seitdem sind

Schritt für Schritt die Privilegien der öffentlichen Betriebe abgebaut und bis auf kleine Reste bei der Vermögenssteuer und der Kapitalverkehrssteuer beseitigt worden. Nun will man dieses Rad der Entwicklung offenbar wieder rückwärts drehen.

Der Lastenausgleich, allgemein, sowohl bei denen, die etwas von ihm erwarten, als auch bei denen, die ihn zu tragen haben, unpopulär, scheint offenbar ein Punkt, an dem man verhältnismäßig harmlos ansetzen kann. Wird der Teil der Betriebe, die Lastenausgleich privilegieren dürfen, befreit, so wird die öffentliche Hand gezwungen, sich auf Kosten des sparsamen Lastenausgleichs aus dem Wettbewerb zu ziehen. Man hat auf mögliche Tarif erhöhungen bei einer Belastung hingewiesen und ähnliches.

Aus diesen Begehren darf also nichts werden. Entweder kommt man zu dem Ergebnis, daß der Lastenausgleich für einen ganzen Wirtschaftszweig falsch und untragbar ist, und dann müssen alle Unternehmen, gleichgültig in welcher Form sie aufgezogen sind, eben aus Gründen der Staatstreu befreit werden. Oder aber man entscheidet sich, selbst wenn Härten dadurch entstehen, alle mit der gleichen Last zu belegen. Dann muß eben im Einzelfall durch Steuervergünstigung oder durch Belastung der Mittel, die für volkswirtschaftliche Aufwendungen dringend benötigt werden, natürlich gegen Vergütung, geholfen werden. Es geht aber nicht an, nach Gesichtspunkten, die ausschließlich dem wirtschaftlichen Betriebe nur wegen ihres öffentlichen Eigentümers gegenüber allen anderen zu bevorzugen, die die gleichen Aufgaben erfüllen und bekanntlich nicht schlechter, manchmal sogar besser erfüllt haben, als die öffentlichen Betriebe.

## Unsere Lageberichte

Zunehmende Rohstofforgen — Stärkste Baukonjunktur seit Kriegsende — Gute Exportlage in der Werkzeugindustrie — Eigene Kraftfahrzeugversicherung des Verkehrsverwes

### Rohstofforgen

Die Roh- und Hilfsstoffversorgung der westdeutschen Industrie hat in den letzten Monaten eine überraschende Wandlung erfahren. Während im 2. Quartal 1950 die Versorgungslage allgemein noch als bedrohlich bezeichnet werden konnte, machten sich im 3. Quartal 1950 infolge der veränderten weltpolitischen Lage in zahlreichen Industriezweigen Engpässe bemerkbar, die um so fühlbarer wurden, weil die meisten Herstellerfirmen ihre Rohstofflager auf ein Mindestmaß herabgesetzt hatten und den Nachschub meist kurzfristig abriefen, um die dieses Kapitaldecke nicht zu stark zu beanspruchen. Auf Grund der jetzt z. T. schwächeren Rohstoffversorgung sind, wie die Industrie- und Handelskammer Wuppertal in ihrem Bericht für das 3. Quartal 1950 feststellt, in Eisenfällen schon Versuche unternommen worden, Befreiungen durch die Kammer oder durch ministerielle Stellen zum ursprünglichen Bezugs zu erhalten. Die Kammer hat in jedem Falle abgelehnt, solche Befreiungen auszustellen und glaubt, daß durch solche Befreiungen nur durch die Inanspruchnahme einer Teilbeschaffung eine Behebung der bestehenden Schwierigkeiten kaum erreicht werden könne. Es ließe abwarten, ob die von verschiedenen Seiten geforderte Erhöhung von Verwendungsquoten, z. B. bei Metallen, bei anhaltender Mangellage noch notwendig werde.

bedrücklich gesteuert werden. Der Export von Haushaltsmaschinen wird durch die starke Kostengesteigerung in Handelsverträgen behindert.

### Baukonjunktur

Die Bautätigkeit in Nordrhein-Westfalen erreichte im September 1950 den höchsten Stand der Nachkriegszeit. Da die Bauprogramme der Bundesregierung in voller Breite wirken und Wirtschaftlicher Rohstoffe, konnten neue umfangreiche Projekte in Angriff genommen werden. Eine noch größere Ausweitung der Bautätigkeit ist nach den verfügbaren Arbeitskräften und nach den technischen Möglichkeiten der Betriebe kaum möglich. Der Mangel sowohl an Bauarbeitern als auch an Baustoffen scheint zu. Die Lieferungen an Zement, Kies, Ziegeln waren besonders in den Schwerpunktprojekten, den Industriestädten, knapp. Mit einem Nachlassen der Baukonjunktur ist, solange die Witterung günstig bleibt, nicht zu rechnen.

Im Vordergrund der Bautätigkeit steht nach wie vor der soziale Wohnungsbau. Mit Hilfe von Zwischenschritten wurden neue Baupläne in Angriff genommen. Teilweise mußten auswärtige Baumeisterbetriebe herangezogen werden, weil die einheimischen Firmen den Bedarf nicht befriedigen konnten. Auch die industrielle Bautätigkeit nahm erneut zu, da sich bauliche Änderungen oder Erweiterungen in den Betrieben als notwendig erwiesen. In Dortmund z. B. wurden im September für 196 verschiedene industrielle Projekte Baugenehmigungen erteilt. Ungewöhnlich stark war die Industrie und gewerbliche Bautätigkeit auch in Duisburg, wo diese Art von Bauten 53 v. H. der Wohnneubau 23 v. H. und öffentliche Bauten 18 v. H. der dort beschäftigten Bauarbeiter beanspruchten. Auch der Ausbau von Verkaufsstellen des Einzelhandels betriebe sich wieder, ebenso wie der Wiederauf- oder Neubau von Blüchtern für Versicherungs- und Großhandelsunternehmen.

Die Bundesbahn erteilte zahlreiche Aufträge an Privatunternehmungen zur Instandsetzung oder Erneuerung des Oberbaus, während die Bundespost vielfach größere Instandsetzungsarbeiten an ihren Gebäuden oder Neubauten durchführen ließ. Große Bedeutung hatten ferner der Neubau von Schulen sowie Flußregulierungen, Kanalbauten und Straßenausbesserungsarbeiten.

### Kraftfahrzeugversicherung

Als Gegenmaßnahme gegen die Erhöhung der Prämien der Kraftfahrzeug-Versicherung hat, wie die Güterverkehrs-Genossenschaft Bremen mitteilt, das Verkehrsverwes eine eigene Selbstversicherungs-Organisation für alle Sparten der Kraftfahrzeug-Versicherung unter der Firma „Versicherungsverband des Deutschen Kraftverkehrs V.A.G. (KRAVAG)“ mit dem Sitz in Hamburg gegründet.

Gegenüber den bestehenden Kraftfahrzeug-Versicherungen bringt die KRAVAG insofern eine beachtliche Herabsetzung der Prämien mit sich, als sie den Versicherungsnehmern eine Premierrückvergabe gewährt und auf eine Nachschußpflicht verzichtet. Außerdem sind gewerkschaftliche Maßnahmen zur Schadensverhütung und ein Mitbestimmungsrecht der Versicherten geplant. In Verhandlungen mit dem Bundes-Wirtschafts-Ministerium wurde ein außerordentliches Kündigungsrecht auch für die Haftpflichtversicherung erreicht, so daß die Möglichkeit gegeben ist, bis zum 22. November alle Kfz-Versicherungen aufzugeben, wobei die noch nicht in Anspruch genommenen Prämien in bar zurückvergeben werden müssen. Wie von Seiten der Güterverkehrs-Genossenschaft Bremen mitgeteilt wird, kann mit einer Rückvergabe von mindestens 15 Prozent gerechnet werden. Die Verwaltungskosten der KRAVAG dürfen durch Wegfall von Agentur-Provisionen und durch die Erhaltung der Verkehrsorganisation kleiner als die Verwaltungskosten der Versicherungen sein.

Im Zusammenhang mit dem durch die Genehmigung der Freiliste wieder in ganz gemeinsamen westdeutschen Spielwaren ausführen nach Großbritannien erklärte der Vorsitzende des Exportausschusses der westdeutschen Spielwarenindustrie E. Riemer, Nürnberg u. a.: Zwischen den beiden Weltkriegen war Großbritannien ein Hauptabnehmer deutscher Spielwaren. Während der Kriegsjahre hat sich dort eine eigene, exportorientierte Spielwarenindustrie entwickelt, der es jedoch an Ideenreichtum und Qualität fehlt. Es ist zu bedauern, daß die Wiederbelebung der westdeutschen Spielwarenausfuhr nach Großbritannien in einem Augenblick höchster Anspannung der gesamten Produktion einströmen ist. Die Blech- und Messingverarbeitung der Fachverbände noch nicht gestört. Trotzdem werden noch im Laufe dieses Jahres größere kurzfristige Lieferungen durchgeführt werden. Stark gefragt sind vor allem Spielzeug, mechanische Spielzeuge und Qualitätsgruppen. Als eine Folge des ungenügenden Umrüstungsstandes und der belächelten Luxussteuer wird sich der Preis für westdeutsche Spielwaren in Großbritannien erhöhen und damit der Absatz erschwert werden. Der australische Markt wird erst im kommenden Jahr an Bedeutung gewinnen. Das Geschäft in Nord- und Südamerika ist etwas lohnhafter geworden.

### Werkzeugindustrie

Starke Auftragsengpässe haben zu einer Verlagerung der Lieferfristen in der Werkzeugindustrie geführt, geht aus einem Lagebericht der DRK Wuppertal hervor. Im Export nach Frankreich, dem wichtigsten europäischen Partner, wirkte sich nachteilig aus, daß die Liberalisierung bisher wirkungslos geblieben ist. Das Geschäft mit Italien ist in letzter Zeit ins Stocken geraten. Die Kleinmetall-Warenindustrie konnte rund 20 bis 30 Prozent ihres Gesamtumsatzes exportieren. Die Ausfuhr geht hauptsächlich nach Westeuropa (ohne Großbritannien, nach der Türkei und Mittelamerika). Die Zurückhaltung der Vereinigten Staaten als Lieferant hat sich günstig auf den westdeutschen Metallwarenexport ausgewirkt. Zur weiteren Förderung der Ausfuhr wird der Abbau der besonders für Kleinmaschinen hinderlichen Zoll- und Zollverfahren-Bestimmungen sowie die Aufhebung des Dienstkontrollverfahrens als erforderlich angesehen. Der Export von Schloßern, Beschlägen, Blecken, Fittings, Ketten und Seilrösen konnte

## Berliner Brief: Die Musterwahl

375 712 Stammabschnitte aus dem Ostsektor — Du sollst wählen — In elf Tagen 305 000 Ostsektorbewohner auf der Industrieausstellung

Es kann keinen sinnfälligen Beweis dafür geben, daß Politik und Wirtschaft in einem unerschütterlichen Zusammenhang stehen, als daß von den 375 000 Besuchern der Industrieausstellung 1950 in den ersten elf Tagen am Formstern nicht weniger als 305 000 oder rund 80% aus dem Ostsektor Berlin und aus der Ostzone stammten. Man hörte aus der Ausstellung recht häufig stichische Laute, und wenn diese auch die immerhin nicht ganz stichische Rede nach Berlin nicht geschied haben, so deshalb, weil der Osten dieser Schau nichts Gleichwertiges an die Seite zu stellen hat. Gerade in Berlin wird der west-türkische Gegensatz auf wirtschaftlichem Gebiet für den, der zu sehen gewillt ist, und das sind nicht wenige, außerordentlich deutlich.

Er ist es nicht zuletzt, der neben der Abschaffung kommunistischer Terrormethoden in der Politik 375 712 Bewohner des Ostsektors Berlin veranlaßt hat, vom 1. bis 10. Oktober den Stammabschnitt der Lebensmittelliste für September als Bestätigung ihrer Ablehnung des Ostsektororientierten Regimes in Ostberlin an das Schöneberger Rathaus einzuwerfen. Es waren wahrscheinlich noch mehr Ostberliner gewesen, die auf diese Weise eine Gedächtnisurkunde hinterließen, der sie sonst nicht Ausdruck geben könnten, wenn nicht ein Teil von ihnen den Stammabschnitt, der normalerweise ohne Bedeutung ist, zum Zeitverweilen mitten. Hinzu kommen diejenigen, die in Gemeindefestverpflüchtungen sind oder die in Krankenhäusern liegen, die gleichfalls keine Möglichkeiten hatten, an dieser Ablehnung teilzunehmen. Daß das Ergebnis größer gewesen wäre, wenn bestimmte Voraussetzungen eben bestanden hätten, beweisen 10 893 Briefe mit Zustimmungserklärungen in Ermangelung des Abschlusses, die jedoch nicht mitgezählt wurden. Daß darüber hinaus auch die Ostzone fern an dieser Ablehnung teilnahm, zeigt die Tatsache, die dort natürlich noch weitaus größer sind als in Ostberlin, sich gern an der Ablehnung beteiligen ließen, geht daraus hervor, daß immerhin 30 000 Ablehnung der Septemberlebensmittelliste aus der Ostzone eingegangen, davon 21 714 allein aus Brandenburg. Man möchte die Möglichkeit haben, eine solche Ablehnung unbefristet in der Ostzone durchzuführen. Es würden die 123 Kreise zur Ausführung des ostsektorischen Ergebnisses nicht zureichen, das zu erwartende Millionenergebnis zu bewerkstelligen. Schließlich wäre das aber eine Wahl, und so wird man schließlich kaum die Realität zu einer solchen Befragung geben, die jedoch eines Tages so oder so kommen wird.

Wie man sich Ostberliner eine demokratische Wahl vorstellt, ging aus einem Interview hervor, daß der Berliner Rundfunk mit dem Staatssekretär im Ministerium des Inneren in der ostdeutschen Republik, Hans Warneke, durchgeführt, und das über den Berliner Rundfunk verbreitet wurde. Man war aber offenbar der Meinung, daß das noch nicht genüge, und so wurde dieses Interview, das in seinen Einzelheiten natürlich vorher genau festgelegt war, und das eine ebenso große Komödie war, als es die „Wahl“ sein wird, noch einmal in allen öffentlichen Zeitungen gedruckt. Und das ist gut, das gesprochenes Wort verfliegt, was zu jedoch nicht unglücklich weiß heißt. Herr Warneke mußte, das erwie es sich als unbedingt notwendig, den Hörern des Berliner Rundfunks und den Lesern der Ostlichen Presse klar machen, warum man eine offene Stammabschnitt durchzuführen wird. Schließlich ist nicht mehr viel Zeit zu verlieren bis zum „Wahltag“. Nach seiner Meinung kann niemand dem Wähler „das Recht nehmen, in den Wahllokalen offen für die einheitliche Kandidatenliste zu stimmen“. Schließlich ist die Demokratie keine Geheimwissenschaft.

Sie selbst, Herr Warneke, haben in dem Interview vor einer einseitigen Liste gesprochen. Wenn der Wähler aber nur die Wahl hat, ersehen oder erhebt zu werden, dann hat er eben keine Wahl mehr. Der Endeffekt ist der gleiche, er ist tot. Geben Sie ihm die Möglichkeit zwischen einem Phant Butir und einem Phant Märgrape zu wählen, und wir sind sicher, er wird seine Wahl treffen, allerdings anders, als Sie es erwarten. Aber die Frage, was der Ostsektorbewohner wählen kann, wird in gar nicht gestellt. Er kann nicht wählen, er soll wählen. Sagen Sie doch in dem Interview ganz deutlich, „In Tausenden von Versammlungssprechstunden usw. wurde allen Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich ihre Meinung darüber zu bilden, was sie wählen sollten. Aber das genügt offenbar noch nicht. Sie machen es durchaus klar, was „Saboteur“ der Wahl, der es wagen sollte, die Wahl fern zu bleiben, erwartet. Sie sagen: „Wenn McClay z. B. bei uns das Stimmrecht hätte und er würde im Wahllokal nicht erscheinen, so würde jeder Mensch wissen, McClay ist gegen Frieden, Einheit und Wohlstand“. Sie registrieren keine Leute, Sie werden nur installiert lassen, wer in der Wahlliste nicht abgestrichen ist. Und das interessiert Sie, nach ihrem eigenen Anspruch „sogar sehr“. Wir können es uns denken, aber

glauben Sie mit dieser Methode durchgreifenden Erfolg zu haben. Angesichts der Musterwahl in Ostberlin, angesichts von 375 000 Lebensmittellistenabschnitten, hinter denen je ein Mensch steht, der im Ostsektor seine Meinung nicht laut sagen darf, angesichts von bisher 305 000 ostdeutschen Besuchern der Industrieausstellung, die damit ihre Interessen an der westlichen Welt bekundeten, haben wir doch kein Zweifel an der Richtigkeit ihrer Methode.

Wie sehr die Aufforderung der drei westlichen Parteien, die Lebensmittellistenabschnitte an das Schöneberger Rathaus zu schicken, und damit zu bekunden, daß der Absender für freie Wahlen und die Beseitigung der ungenügenden Macht der Ostlichen Regierung ist, dem Osten die Nerven spannen ist, beweist die unverkennbare Spannung, mit der man auf diese Aktion reagiert hat. Zuerst wollte man die Tatsache als solche offenbar nicht zu Kenntnis nehmen, weil man keine Handhabe hatte, das was kommen mußte, zu verhindern. Erst einen Tag vor dem Abschluß der Befragung entschied man sich dann, auf den Septemberabschnitt der Lebensmittelliste, vorschauend in Verbindung mit dem gleichen Abschnitt der Oktoberkarte, die schon ausgegeben war, als der Aufruf erging, Teil zu übernehmen. Man wartete dann bis zur Herodotus der westlichen Aktion, um das Versprechen einzuhalten, und den noch im Besitz des Abschnitts Befragten ein Paar Strümpfe erster oder zweiter Wahl anzuhängen. Die Zeit in der man mit materiellem Druckmittel die Menschen politisch gefügig machen konnte, ist verüber, wenigstens in Ostberlin. Das ist aber bei Gott nicht das Verdienst der HO, sondern ausschließlich das Verdienst Westdeutschlands und Westberlins und der hinter ihnen stehenden freien Welt, die dem stammenden Ostberliner und Ostsektorbewohner nach der erzwungenen Aufhebung der Blockade gesagt haben, daß es noch einen anderen Lebensstandard gibt, als den, den die östlichen Machthaber den Bewohnern Ostdeutschlands ausstülpen wollten. Man weiß im Osten nur zu genau, daß mit der Erleichterung der Lebenshaltung der Bevölkerung die beliebten Druckmittel, die man seit Kriegsende angewendet hat, immer mehr an Wirkung verlieren. Nur widerwillig hat man sich unter dem Druck der westlichen Entwicklung dazu entschließen müssen, Berlin zu einem östlichen Schaufenster zu machen, das nach Westen geöffnet, der freien Welt einen westdeutschen Wohlstand vorzuführen soll, hinter dem das Elend der Ostzone verschwindet, mit dem man dort immer noch politische Vergewaltigungen durchführen kann, zumindesten hofft, sie auf die Dauer durchführen zu können. Die Zeichen mehren sich jedoch, daß die freie Welt erkennt, welcher Kampf seit Jahren von Berlin durchgeföhren wird, und das Interesse dieser freien Welt richtet sich nicht nur auf Berlin sondern auf ganz Ostdeutschland.







# USA kürzen Ausfuhr von Baumwolle

Um die nordamerikanische Inlandversorgung mit Rohbaumwolle zu sichern, hat die US-Regierung die Baumwollausfuhr nach allen Ländern, mit Ausnahme von Kanada, gekürzt. Die nordamerikanische Landwirtschaftsministerium erklärt hierzu, daß in den 8 Monaten vom 1. August bis zum 31. März 1951 7 Mill. Ballen Rohbaumwolle ausgeführt werden dürfen. Die Ausfuhr nach Kanada wird nicht eingeschränkt. Sie unterliegt weiterhin keiner Beschränkung. Damit würden für die gesamten Saison 1950/51, die am 1. August 1951 zu Ende geht, nach allen Ländern mit Ausnahme Kanadas 3 Mill. Ballen Rohbaumwolle ausgeführt werden können. Die nordamerikanische Ausfuhr von Rohbaumwolle belief sich in der vergangenen Saison auf fast 6 Mill. Ballen einschließlich Kanada.

Das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium hat gleichzeitig das Handelsministerium gebeten, Ausfuhrbeschränkungen nur innerhalb der durch diese allgemeine Beschränkung festgesetzten Grenzen zu erteilen. Sie schließen alle Vorschriften ein, die seit dem 1. August 1950 durchgeführt wurden, und zwar unabhängig

davon, ob sie lizenziert oder nicht lizenziert waren.

### Dollar ist zu teuer

In höchsten britischen Regierungskreisen sei man der festen Überzeugung, daß die Disparität zwischen dem Pfund Sterling und dem Dollar, nur durch eine Abwertung des Dollars, aber niemals durch eine Aufwertung des Pfund Sterling aus der Welt geschafft werden kann, verläuft in die unrichtigsten Kreise der Londoner City. Die britischen Regierungserklärungen, daß das Pfund Sterling nicht aufgewertet werden würde, seien daher zuverlässig. In britischen Regierungskreisen sei man erfreut, weil der internationale Verrechnungskurs für das Pfund Sterling niedriger, dagegen der des Dollars höher als der innere Wert ist, und man macht aus der Gemengung darüber, daß die übrige Welt dies einmütig bejaht, keinen Hehl. Jedes neue Gerücht über eine bevorstehende Aufwertung des Pfund Sterling verstärkt die Flut von Dollarbeträgen nach London. Das Problem der Währungsdisparität sei nicht eine Folge der Diederbewertung des Pfund Sterling, sondern der Überbewertung des Dollars.

Die Gerüchte über eine bevorstehende Auf-

wertung der britischen und der australischen Währungen erheben sich allmählich. Am New Yorker Devisenmarkt war das Gerücht am 10. Oktober insbesondere in Termin-Ausschreibungen für die beiden genannten Währungen sehr ruhig. Ausschreibung London wurde per 3 Monate zu 2,81%, Dallas je Pfund Sterling verkauft, gegenüber 2,80 Dollar in der vergangenen Woche. In australischer Währung kam es per Kasse zu Abschüssen zu 2,29% Dollar für 1 australisches Pfund, gegenüber 2,25 Dollar in der vorigen Woche. Dreimonatsauszahlung wurde zu 2,36% gehandelt, während hierfür noch ein Donnerstag, dem 3. Oktober, 2,33 Dollar bezahlt wurden.

### Neue Zellstoff- und Papierfabriken der USA

Durch die Errichtung neuer Zellstoffwerke, die Holz aus den veredeltesten Staaten Nordamerikas, aus Alaska und Kanada verarbeitet werden, wird sich die Zellstoffproduktion der Vereinigten Staaten wesentlich erhöhen. Im nächsten Jahr wird in Lewiston, Idaho, eine neue Zellstoff- und Papierfabrik in Betrieb genommen werden, die täglich 130 tons Zellstoff produzieren wird und deren Kapazität um weitere 100 tons pro Tag erweitert werden kann. In Pulaski, Montana, ist ein weiteres Zellstoffwerk geplant. Ferner wird in Colorado eine Fabrik für die Produktion von Zellulose- und Kraftpapier mit einer Kapazität von 300 tons pro Tag errichtet werden.

Um den außerordentlich großen Holzreichtum Alaskas nutzbar zu machen, ist für Ketchikan eine Zellstoff-Fabrik vorgesehen, die täglich 300 tons Zellstoff für die Beyer-Industrie herstellen wird. Die Vereinigten Staaten werden sich ferner an Zellstoff-Fabriken in Britisch-Kolumbien beteiligen, die in diesem Jahr

voraussichtlich 166 000 tons Zellstoff und Papier produzieren werden. Von der Columbia Cellulose Co. Ltd., einer Tochtergesellschaft der Celanese Corp. of America ist in Prince Rupert, in Britisch-Kolumbien, ein neues Zellstoffwerk errichtet worden. Dieses Anlage wird Anfang 1951 in Betrieb genommen werden und über 300 tons Zellstoff täglich erzeugen.

### USA gegen schwedische Zellulose-Preise

Das amerikanische Außenministerium hat das schwedische Außenministerium von den Preisen der amerikanischen Käufer schwedischer Zellulose unterrichtet, meldet die Stockholm-Zeitung „Dagens Nyheter“. Die schwedischen Zellulosepreise wurden als „in die Höhe getrieben“ bezeichnet.

### Europäische Bankiers reisen nach den USA

Zum Studium der Möglichkeiten für eine Ausdehnung des europäischen Handels mit den Dollarmärkten wird eine Studienkommission europäischer Bankiers im Laufe dieses Monats in die Vereinigten Staaten reisen. In der Studienkommission werden Großbritannien, Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Norwegen, Griechenland, Irland, Dänien, die Niederlande, Schweden, die Schweiz und die Türkei vertreten sein. Im Rahmen des technischen Hilfsprogramms der ECA wird die Kommission die wichtigsten Bankzentren in New England und im Midwest und Mississippi-Gebiet besuchen, um mit amerikanischen Bankfachleuten die Möglichkeiten einer Ausdehnung der Kreditverleihung für amerikanische Importeure zu besprechen. Sie wird weiterhin in einem Gedankenaustausch mit amerikanischen Bankleuten die folgenden Punkte der Export-Import-Finanzierung einer Prüfung unterziehen:

1. Verringerung der Kosten für die Finanzierung von Exporten der EEP-Länder nach Dollarmärkten; 2. Abstimmung der in den einzelnen europäischen und amerikanischen Ländern verschiedenen Begriffsbestimmungen für die Festsetzung von Exportkontingenten; 3. Vereinfachung der Bankpraxis in den einzelnen Ländern, insbesondere in Bezug auf Akkreditiv; Ferner wird die Studienkommission an der 27. Jahreshauptversammlung des amerikanischen Außenhandelsausschusses teilnehmen, die am 30. Oktober beginnt.

### USA-Anleihe für Iran

Die amerikanische Import-Export-Bank hat Persien eine Anleihe von 25 Mill. Dollar gewährt. Sie soll zur Verbesserung der Verkehrswege und des Nachrichtenwesens und für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden.

### Vor einem Handelsabkommen zwischen Iran und UdSSR

Mit der Unterzeichnung eines Handelsvertrages zwischen Persien und der UdSSR ist nach Meldungen aus Teheran in aller Kürze zu rechnen. Wie aus gut unterrichteten persischen Kreisen verlautet, soll zwischen den beiden Vertragspartnern eine Einigung über die Warenlisten und Preise erzielt worden sein, und man sei bestrebt, den Warenaustausch sobald wie möglich aufzunehmen. Russische Güterliste soll Zuckerladung sollen bereits in der persischen Grenze eingetroffen sein. Persien soll sich mit dem russischen Vorschlag einverstanden erklärt haben, daß nach Wiederaufnahme des Handelsverkehrs eine gemischte persisch-russische Kommission über die Behandlung der 11 Tonnen persisches Goldes und 8 Mill. Dollar, die in der russischen Staatsbank in Moskau lagern, verhandeln soll.

# Die Arbeitsweise der Sowjet-AG's

Im selben Augenblick, als der Kapitalismus aus den von der Sowjetunion besetzten oder besiegerten Ländern gejagt wurde, hielt er — allerdings in grotesker Verformung — durch die föhliche Hysterie erneut seinen Einzug. Die bekannte schwedische Zeitung „Die Tat“ schildert sehr anschaulich die Arbeitsweise, und die Geschäftsbearbeitung der sogenannten Sowjet-Aktiengesellschaften. Die Gründung der Gesellschaften erfolgte zumeist unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen. Die Sowjetunion legte ihre Hand auf tatsächliches oder angebliches ehemaliges deutsches Eigentum in Rumänien, in Ungarn und Bulgarien und erklärte, daß sei ihr Beitrag zu den Gesellschaften, durch deren Tätigkeit der Wiederaufbau und das wirtschaftliche Gedeihen in den betreffenden Ländern gefördert werden sollte. Die „Beiträge“ wurden mit einem wertvollen einheimischen Grundbesitz versehen und darauf die Aktien 50 zu 50 zwischen der Sowjetunion und dem betreffenden Lande aufgeteilt. Das fifty to fifty wurde auf diese Weise hergestellt, daß der deutsche bzw. der Sowjetbeitrag über die einheimische aber unterbewertet wurde.

Auch in Jugoslawien wurden zumeist Sowjet-AG's gegründet, doch mußten hier, mangels deutscher Werte, — diese waren in Potsdam den Jugoslawen, die zu den Siegermächten gehören, zugesprochen worden —, sowjetische Kapitalwerte eingebracht werden. Seit Tito's Besuch mit Moskau weiß man jetzt, wie es hierbei zuging. Die Sowjetleistungen waren spärlich und von schlechter Qualität. Trotzdem hat man sie solange „aufgewertet“, bis die Partien 50 zu 50 herauskamen.

In den meisten der Balkanländern, so heißt es in der „Tat“, wachsen und gedeihen die Sowjet-AG's weiter. — Anstatt die Wirtschaftskraft dieser Länder zu stärken, haben diese Gebilde durchaus parasitären Charakter. Ein großer Teil ihrer Produktion wird von der Sowjetunion „übernommen“ zu diktierten Preisen und ohne daß der Exporteur in Form von dringend benötigten freien Devisen dem produzierenden Lande zugeht. Wenn die Sowjet-AG Rohstoffe oder Maschinen importiert, so muß das betreffende Land, mit Exportwaren besetzt, die ebenfalls niedrig angesetzt werden, wie der Preis der importierten Waren hochgesetzt ist. Alle wichtigen Posten in den Gesellschaften werden von dem „Sowjet-Aktivist“ besetzt, während den einheimischen Angestellten mehr dekorative Bedeutung zukommt. Zur Ausschalt-

ung der Konkurrenz bedienen sich die Gesellschaften des Mittels der staatlichen Intervention. Durch Rohstoffausstellungen, Importlizenzen usw. wird der S.A-Betrieb bevorzugt und der Privatbetrieb benachteiligt. Die Lebensdauer der Konkurrenzunternehmen ist deshalb in der Regel nicht lang. Der Übergang in das Volkseigentum nützt ihnen nichts. Dem Sowjet-AG's dagegen droht die Verstaatlichung nicht. Sie genießen exterritoriale Rechte und unterliegen nicht der Gesetzgebung über die Beseitigung von Privatunternehmungen.

Die Liste der Privilegien für den „Sowjet-Aktivist“ ist damit aber noch nicht erschöpft. Im Gegensatz zu den schwer besteuerten anderen Unternehmern genießt er praktisch Steuerfreiheit. Der garantierte und im voraus festgelegte Gewinn, den der „Sowjet-Aktivist“ als Ertrag seines Gesellschaftsanteils jährlich einstreicht, ist steuerfrei und er kann auch jederzeit ins Ausland transferiert werden. Etwaige Verluste werden von dem anderen Gesellschafter, d. h. dem betreffenden Staat, also dem einheimischen Steuerzahler getragen. Unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Hilfe für die befreundeten Länder wird hier eine wirtschaftliche Ausbeutung betrieben, so schreibt die Schweizer Zeitung, wie sie raffiniert und kompromittiert kaum je von einem kapitalistischen Land in dessen schwärzester Kolonialmasse betrieben wurde.

Am weitesten fortgeschritten ist der Prozeß in Rumänien. Nicht weniger als 13 Sowjetgesellschaften kontrollieren die wichtigsten Wirtschaftszweige in diesem Land. Die Energie, die die Sowjet-AG's erzeugen, ist verschleudert. Alle haben jedoch das eine Ziel: Die Monopolisierung des Wirtschaftszweiges, in dem sie sich engagieren haben. In Ungarn gibt es bisher fünf Sowjet-AG's. Außerdem gibt es Betriebe, die der Sowjetunion ganz und gar gehören und andere, in denen sie einen beherrschenden Einfluß ausübt. Zu letzteren gehört vor allem die Bau- und Aluminiumindustrie. Bulgariens ist dank seiner verhältnismäßig geringen Industrialisierung am glimpflichsten davongekommen. Welche Rolle die Sowjet-AG's in Wirtschaftslieben der deutschen Sowjetzone und im sowjetlich besetzten Teil Österreichs spielen, ist bekannt. Auch hier sind die Methoden und Ziele die gleichen wie in den Balkanländern. Auch hier verfährt man nach dem Rezept: Der westliche Kapitalismus ist tot, es lebe der östliche!

# Koordinierung von GATT, OEEC und Schumanplan

Drei neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen einer Vielzahl von Ländern beherrschend augenblicklich die wirtschaftspolitische Entwicklung, das GATT, die OEEC und der Schumanplan, und bei allen dreien sind im Laufe eines Monats wichtige Entscheidungen zu erwarten. Für alle drei ist eigentümlich, daß sie jeweils für eine allgemeine politische Situation gedacht waren, die anders als die gegenwärtig durch den Korea-Uberfall verläuft war. Das GATT hatte sich 1947 vorgenommen, das Zollniveau in der Welt einer Senkung zuzuführen, um durch Gewähreistung möglichst weitgehender Arbeitsteilung den Wirkungsgrad der wirtschaftlichen Arbeit zu erhöhen und durch Erleichterung des Außenhandels den Lebensstandard der Völker zu verbessern. Die OEEC hat diesem Vorhaben bei der Gestaltung der Marshallplan-Hilfe durch Förderung der Liberalisierung des Handels, insbesondere durch Beseitigung von 60 Prozent der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen gegenüber dem Jahre 1940 starken Auftrieb gegeben. In der Überzeugung, daß noch mehr erreicht werden könnte, wenn für die Eisen- und Stahlwirtschaft Westeuropas ein einheitlicher Markt geschaffen werden könnte, hat der Schumanplan den beteiligten sechs Ländern vorgeschlagen, auf Teile ihrer Souveränität zugunsten einer selbständigen hohen Behörde zu verzichten.

Der erste dieser drei Verträge wollte Fülle schaffen, der zweite Mangel beseitigen und der letzte Rückschläge verhindern. Keiner von ihnen rechnete mit dem, was gegenwärtig die Lage beherrscht: mit einer großen Blütungsweite und den durch sie entstehenden Problemen. Seit dem Herbst 1950 gilt es nun, die Koordinierung dieser drei Vertragssysteme und ihre Ausrichtung auf die neuen Forderungen des Tages zu sichern. Das GATT ist an sich auf die freie Zirkulation aller Warenarten ausgerichtet. Hierzu dienen Zollbindungen und Tarifanktionen, die den einzelnen Kollektivpartnern ein Mostbegünstigungsrecht sichern, für das bei Aufhebung -Kontingentschranken gefordert werden kann. Diese Schritte zur Beseitigung der Zollniveaus haben erst nach Beseitigung der mengenmäßigen Beschränkungen ihre volle Wirkung erhalten. Das Problem ist jetzt, wie die Liberalisierung mit jenen von der OEEC angelegten Kontrollen — Rohstoffhandelsvereinbar werden kann.

Der Generalsekretär der OEEC hat am Samstagabend in Paris erklärt, daß die Länder sich bemühen würden, die Warenbewegung so frei wie möglich zu gestalten. Wenn aber Beschränkungen auferlegt werden müßten, so sollten sie nicht als individuelle Maßnahmen freigesetztes Lande erfolgen, sowie jetzt bereits einige Länder bereits Rohstoffausfuhr eingeschränkt haben, sondern nur auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der OEEC.

Hierin drückt sich die Verflechtung der Lage ebenso aus, wie bei den Beratungen über das Verhältnis des Schumanplans zum GATT-Abkommen. Hier muß berücksichtigt werden, daß der Schumanplan vor zum Teil wirtschaftlicher Natur ist und in seiner Verbindung mit politischen Fragen und insbesondere mit der Beschränkung der Souveränitätsrechte der einzelnen Länder ein Novum darstellt, das zur Zeit des Abschlusses des GATT noch nicht vorgesehen werden konnte.

Die Beziehungen zwischen Marshallplan bzw. Atlantikpakt zum Schumanplan liegen bereits überwiegend auf politischer Ebene. Gerade bei der Berührung mit politischen Fragen erscheint es notwendig, daß zwischen den Bearbeitern der drei großen Kollektivabkommen ständige enge Fühlungsverbindungen bestehen. Wenn jeder Kreis von Sachverständigen für die einzelnen Kollektiv-Verträge sich zu sehr auf seine besondere Materie konzentriert, besteht die Gefahr, daß sich die Resultate gegenseitig stören oder gar aufheben. Aus Kreisen der Delegationen in Teheran und Paris wird daher zum Ausdruck gebracht, wie wichtig es ist, daß die einzelnen Länder eine ausreichende Zahl von Verbindungsstellen haben, die alle aller wichtigsten Entwicklungen aus persönlicher Fühlungnahme heraus orientiert sind und die zwischen den verschiedenen Regierungsetellen und Delegationen vermitteln, so daß unnötige Arbeit vermieden wird.

Diese Verbindungsstellen konzentriert sich augenblicklich auf zwei wichtige Termine, auf die Tagung der Mitglieder des GATT am 2. November in Teheran und auf die nächste Sitzung des Ministerrats der OEEC am 26. Oktober. Es ist die Frage, ob bis zu diesem Termin die Einzelheiten des Schumanplans bereits soweit konkretisiert sind, daß sie auf diesen beiden Tagungen zur Diskussion gestellt werden können.

# AEG am Funkturm

In Ergänzung unseres großen Berichtes über die Deutsche Industrie-Ausstellung Berlin in Nr. 41 bringen wir hier einen Bericht über den Stand der AEG.

Einer der von der breiten Öffentlichkeit auf der Industrieausstellung 1950 am meisten besuchten Stände war der Stand der AEG, auf dem Magnetofonerie gezeigt wurde. Damit ist die Möglichkeit gegeben, nicht nur, wie mit einem Rundfunkempfänger Schallaufzeichnungen wiedergzugeben, sondern solche auch selbst aufzunehmen. Man kann schon heute nicht nur das normale Rundfunkempfangsverfahren verwenden, sondern auch die Handaufnahme des Magnetofons wiedergeben bis zu 2 Stunden zu. Es hat sich bereits das Ton-Studio G.m.b.H. in Berlin gebildet, die erste Tonband-Produktionsgesellschaft, die nach Art der Schallplattenaufnahmen, nur eben in vervollkommener Form, begonnen hat. Ein Archiv von Tonbändern anzulegen, die von erkrankten Schülern und Orchestern beipflegt werden. Die Nachfrage nach solchen Tonbändern ist bereits heute sehr groß. An dieser Entwicklung hat die AEG entscheidenden Anteil. Seit 1930 wird in den Laboratorien der AEG an dieser Erfindung gearbeitet, und was vor dem Besucher der Industrieausstellung stand, kann getrost als ein Spitzenprodukt bezeichnet werden. Die Möglichkeiten dieses Magnetofons sind praktisch unerschöpflich.

Aber auch die anderen Stände der AEG auf der Industrieausstellung in den Hallen und auf dem Freigelände hatten eine beträchtliche Anziehungskraft auf die Besucher und darunter nicht zuletzt auf die interessierten Besucher auch aus dem Ausland. Insbesondere der elektronenmagnetische Vibrator der AEG auf dem Freigelände war fast ständig umlagert, sei es durch die verschiedensten Anwendungsarten, sei es in der Bauindustrie als Vibrationsaggregat zur Herstellung von Vollsteinen, Koblesteinen, Deckenplatten und Spezialbetonen, als Vibrator für alle Verdichtungsprozesse in der chemischen, keramischen, Nahrungsmittel- und Verpackungsindustrie, als Förderanlage und Dosiervorrichtung, als elektrische Antriebsvibratoren für Bankeröffnungs usw. Dieser elektronenmagnetische Vibrator stellt eine Weiterentwicklung der bisherigen Arbeitstabelle auf mechanischer Grundlage dar, und man kann annehmen, daß er sich immer weitere Arbeitsgebiete erobern wird.

Schließlich sei noch der Hauptstand der AEG in der großen Halle erwähnt, auf der der Besucher mit dem Fabrikationsprogramm der AEG bekannt gemacht wurde. Natürlich konnte die AEG, deren Erzeugnisse, so z.B. die großen

Zum erstmaligen wohl seit dem Zusammenbruch ist die AEG mit einem so reichhaltigen Fertigungsprogramm vor die Öffentlichkeit getreten, und es muß erstaunlich scheinen, daß gerade die AEG, deren Erzeugungsschwerpunkt vor dem Krieg in Berlin lag, und die praktisch die größten Verluste durch Kriegseinwirkungen und die Demontage der sowjetischen Besatzungsmacht vor dem Eintriften der westlichen Alliierten in Westberlin erlitten hatte, sich in



AEG-Zeit-Elektronenmikroskop

so kurzer Zeit, noch dazu nach dem Totalverlust der in Ostberlin liegenden Fertigungsanlagen, wie dem Kabelwerk und der Transformatorfabrik in Oberschneeweide neben den anderen sechs Betrieben, soweit wieder hat erholen können, daß sie heute mit einem Fertigungsprogramm aufwartet, das nahezu das gleiche ist wie vor dem Krieg. Das Verwaltungsgebäude am Friedrich-Karl-Ufer wurde beim Kampf um Berlin restlos zerstört. Dafür hat die Verwaltung jetzt das neue Gebäude am Hohenzollernring 130 erworben mit der Absicht, es später zur Hauptverwaltung zu machen. Vor dem Krieg befanden sich 90% der

punkt ihrer Erzeugung nach Westen zu verlagern. Es sei im Gegenteil die Absicht der AEG, so betonte Baurat Spennrath, wieder nach Berlin zurückzukommen. Die Entwicklung in Berlin ist seit dem Krieg zurbüdenstehend verlaufen. So wurde in der Turbinenfabrik, Berlin-Moabit, im April 1950 als Exportauftrag eine einstufige 45 000-kW-Dampfmaschine abgelehrt, deren 3000erstufiger 70 000-kVA-Generator die große Maschine darstelle, die in dieser Werkstätte — einst die größte Turbinenfabrik Europas — bisher gebaut wurde. In der Motorenfabrik in der Bronnenhohe läuft die Fabrikation von Motoren und Antrieben aller Art bereits wieder auf hohen Touren, und der Wiederaufbau der Zählerfabrik, der ältesten Fabrikationsstätte in Berlin, ist den Lehrwerkstätten in Berlin-Rohndorferode bereits jetzt wieder mehr als 500 Lehrlinge für die elektrotechnischen Berufe ausgebildet.

Aber alle Fortschritte in Berlin haben es nicht verhindern können, daß die AEG in Westdeutschland verstreuten Betrieben neu errichten mußte, teilweise um den Totalverlust von Fabrikationsstätten in Ostberlin auszugleichen. Vor dem Krieg besaß die AEG in Westdeutschland die Fabrik für Elektrowerkzeuge in Stuttgart, die Fabrik für Elektroheizung in Nürnberg und ein Ausbesserungswerk für Großmaschinen in Mühlheim-Ruhr. Neu errichtet wurden eine Schalterfabrik in Neumünster, eine Fabrik für Kleinmotoren in Oldenburg eine Zählerfabrik in Hameln, eine Fabrik für Reparatoren und Neuanfertigung von Turbinen und Kammermotoren in Essen-Ruhr, eine Fabrik für Hochspannungsschaltgeräte und Isoliermaterial in Kassel, eine Metallströmestofffabrik in Heiligenhaus (Bez. Düsseldorf), eine Fabrik für Fernmeldeelektronik in Becknang (Württemberg) sowie ein Gleichrichter- und Röhrenwerk in Belcke (Westfalen). In Mühlheim-Saack liegt der Bau von schlagwettergeschützten Motoren, Schaltgeräten und Zubehör für den Bergbau sowie die Erzeugung von Widerstandsfäden.

Die AEG beschäftigt, wie schon erwähnt, das Hauptgewicht ihrer Produktion wieder nach Berlin zu verlagern, insbesondere die Verwaltung, die heute in Westdeutschland zerstreut ist. Die Zusammenlegung der Verwaltungen in der nächsten Zeit in Frankfurt a. Main bedeutet nicht eine Abkehr von Berlin, wie Baurat Spennrath ausführt. In den beiden Zählerfabriken in Berlin und in Hameln könnte heute in jedem dieser beiden Werke das Zählerprogramm allein durchgeführt werden. Man hat sich aber entschlossen, die Erzeugung 50.000 aufzutreiben, weil man sich von sozialpolitischen Erwägungen leiten läßt, und weil die Verwal-



AEG-Hilfsgeräte auf der Deutschen Industrie-Ausstellung

Turbinen aus Platzmangel nicht aufgestellt werden konnten, vielmehr nur fragmentarisch zeigen. Immerhin bildete das Elektronenmikroskop einen der Anziehungspunkte für die Besucher der Ausstellung, und der Fachmann war an der Induktions-Oberflächenröntgenmaschine besonders interessiert, die eine Hygienemaschine für Leinwand für eine maximale Spindelgröße von 2000 mm und einem maximalen Spindelradius von 80 mm im Original und in Betrieb zeigte. Daß daneben die Fernmeldeelektronik die Metallgerätee und Betate, die Schaltgeräte und die Erzeugnisse für den Haushalt, besonders die Kühlgeräte, nicht zu kurz kamen, versteht sich.

Werkskapazität in Berlin und nur 10% in Westdeutschland. Von der Berliner Kapazität liegen im heutigen russischen Sektor Berlins rund 30%. Man kann an diesen Zahlen allein ersehen, welche Verluste die AEG im Krieg erlitten hat. Der Neustart nach dem Krieg in Berlin begann mit 80 Maschinen, die von 20 000 nach dem Krieg übriggeblieben waren. Daß unter diesen Umständen einige neue Werke in Westdeutschland errichtet werden mußten, ist eine Selbstverständlichkeit, bedeutet aber keineswegs, wie Baurat Spennrath anlässlich seiner Pressekonferenz während der Industrieausstellung ausdrücklich bemerkte, daß die AEG die Absicht habe, den Schwer-

tung, was nicht hoch genug anzuerkennen ist, durch eine solche Abwanderung nicht noch die wirtschaftliche Lage Berlins ungünstig beeinflussen würde. Insgesamt haben die Stände der AEG auf der Ausstellung und die Ausführungen von Baurat Spennrath auf der Presseveranstaltung vor in- und ausländischen Pressevertretern gezeigt, daß die AEG wieder nach einem beispiellosen Zusammenbruch am Kriegsende zu einem beachtlichen Faktor nicht nur in der deutschen, sondern auch in der Weltwirtschaft geworden ist. Das beweist u. a. auch der ständige Anstieg der Auslandsaufträge.



# Deutsche Erzeugnisse gefragt

### Auf den Messen in Gráz und Agram

„Daß sich Deutschland in diesem Jahre in dem Agrarmesse ganz besonders im Zeichen des ausländischen Wettbewerbes auf dem jugoslawischen Markt zeigt, so repräsentativ an dieser Messe beteiligt wird zur Veranschaulichung und zum Ausweis des deutsch-jugoslawischen Handels besonders beitragen“, erklärte der jugoslawische Handelsattaché in Westdeutschland, Konrad Gruber, Düsseldorf, in Agram, Westdeutschland nahm auf der Agrarmesse unter den 276 ausländischen Ausstellern mit etwa 40 Firmen hinter Österreich, das die Messe mit 106 Firmen besuchte hat, zwar erst die zweite Stelle ein, beansprucht jedoch hinsichtlich der Ausstellungsfläche trotz der geringeren Ausstellungsfläche der Erzeugnisse bei weitem den größten Raum unter den ausländischen Ausstellern. Wie Konrad Gruber weiter feststellte, herrscht für die deutschen Waren, insbesondere für Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und chemische Produkte das allergrößte Interesse bei den jugoslawischen Publikum und den Einkäufern der staatlichen Betriebe und Export-Import-Gesellschaften. Die ausgezeichnete technische Ausführung der deutschen Erzeugnisse, ihre hohe Qualität und Vielfalt hätten den Jugoslawen gezeigt, daß die deutsche Industrie den Anschluß an die Weltproduktion in jeder Weise wieder erreicht hat.

Die bereits bei der Innsbrucker Herbstmesse gemachte Erfahrung, daß die Messekontingente der deutschen Aussteller in Österreich für das unmittelbare Interesse der Käufer nicht mehr ausreichen, hat sich nunmehr auch auf der gegenwärtig laufenden Grázer Herbstmesse bestätigt. Bereits am dritten Messetag konnte die Messeleitung melden, daß das 13.000 Dollar umfassende deutsche Messekontingent erschöpft sei. Auch über das italienische Kontingent in Höhe von 90 Millionen Lire ist bereits verfügt.

### Deutsche Luxusgüter nach Österreich

Durch die Neufestsetzung des Schillingkurses im Warenverkehr einseitig mit 1,36 \$ für 1 Dollar ist die bisherige Warenliste C, die jene Luxusgüter enthält, die nur zum Preisniveau von 26 \$ importiert werden dürfen, in Wegfall gekommen. Dadurch können auch eine ganze Reihe deutscher Waren, die bisher zu den „Luxusgütern“ gezählt hatten, zum billigeren Kurs von 1,36 nach Österreich exportiert werden. Darunter fallen u. a. Fotoapparate, Photomaterial, Lederwaren, Luxusglas und Porzellan, Textilien, Pelze, Chemikalien, Parfums, Spielwaren usw. Für eine Reihe von Gütern aus diesen Branchen besteht in Österreich starkes Interesse.

### Ersterer Stop deutscher Ost-Exportsendungen an der Grenze

An zwei deutschen Grenzstationen sind wiederum, wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, Exportsendungen von den alliierten Grenzkontrollen aufgehalten worden. Es handelt sich dem Vermutnen nach um größere Lieferungen nach der Tschechoslowakei, in einem Fall um Transitwaren aus Frankreich. Von seiten der Aufnahmewirtschaft wird erneut auf die schwerwiegenden Folgen der sich hieraus ergebenden Rechtsunsicherheit aufmerksam gemacht. Führende Wirtschaftskreise sehen aus Anlaß des Stops von Exporten nach Ungarn und Rumänien bereits vor Wochen an die deutschen Regierungsteile herangetreten, bei den alliierten Stellen Schritte gegen diese Behinderung des Exports zu unternehmen. Auch hat sich der Ausfuhrsperrenausschuß mit dieser Frage beschäftigen müssen, weil bei veränderten Ausfuhrbeschränkungen die Bundesgarantie für das Fabrikatsteuer in Anspruch genommen werden müßte, wenn die aufgehaltenen Waren nicht geliefert und anderweitig abgesetzt werden könnten. Offenbar hatten die Verhandlungen mit den alliierten Dienststellen noch zu keinem Ergebnis geführt, vor allem steht wohl die Frage noch aus, daß bereits genehmigte Exportsendungen nicht wieder rückgängig gemacht werden. Man wies besonders darauf hin, daß die gegenwärtig laufenden deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertragsverhandlungen durch die neuen Maßnahmen erheblich beeinträchtigt werden könnten und daß bei Fortdauer dieser Praxis an den Grenzkontrollstellen der westdeutsche Osthandel mindestens teilweise zum Erliegen kommen müßte.

### Gibt Österreich das deutsche Eigentum zurück?

Auf einer Pressekonferenz für die deutschen Korrespondenten in Österreich teilte der Parteisekretär des „Verbandes der Unabhängigen“ (VDU) Dr. Kraus, mit, daß seine Partei nach einer gründlichen Fühlungnahme mit den beiden großen Regierungsparteien in Österreich eine Aktion zur baldigen Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Österreich einleiten wolle. Er stellte fest, daß auch in den Reihen der Regierungsparteien, vor allem bei der Österreichischen Volkspartei, der Wille zu einer gerechten und anständigen Lösung dieses Problems vielfach vorhanden sei. Die Bereinigung der Frage des deutschen Eigentums sei nicht nur aus rechtlichen Gründen notwendig, sondern auch unerlässlich um die gutnachbarlichen Beziehungen mit Deutschland auf allen Gebieten wieder herzustellen. Einem deutschen Korrespondenten gegenüber erklärte Dr. Kraus, daß sich die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Privatvermögens, das von den Westalliierten den österreichischen Behörden zur treuhänderischen Verwaltung übergeben worden ist, bei einigen guten Willen leicht vollziehen ließe. Schwieriger sei der Fall bei jenen großen Industriezweigen — wie Aluminium-Werk Rasthofen, Zellwolle, Leasing, Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke Linz usw. — die zum Großteil Reichsvermögen oder im Besitz großer deutscher Konzerne gewesen sind, und für die wohl eine zwischenstaatliche Lösung zwischen Bonn und Wien gesucht werden müßte. Ohne Zweifel werden diese Betriebe aber in österreichischen Besitz bleiben. Am schwierigsten ist die Lösung des deutschen Eigentums-Problems in der österreichischen Ostzone, weil dieses Eigentum bekanntlich von den Russen beschlagnahmt und veräußert wird und — bis auf einige Ausnahmen, die russisch bleiben sollen — von Österreich um 150 Mill. Dollar nach Abschluß des Staatsvertrages zurückgekauft werden soll. In diesem Fall müßten wohl die deutschen Vorbesten, die Abschlagssumme für die einzelnen Vermögenswerte Österreich zurückzuerstatten.

Das Exportgeschäft der belgischen Glasindustrie ist im unverschärferten Preisen lebhaft. Eine Ausnahme bilden lediglich die absehbaren Staaten, für die noch keine befriedigende Regelung bezüglich der Devisen getroffen werden konnte. Der Absatz nach Finnland ist noch immer gesperrt, während der Versand nach der Schweiz und nach Italien sich normal entwickelt. Nach dem Abschluß des Zahlungsabkommens zwischen Belgien und der Türkei hat sich der Absatz nach Fernost in der Türkei leicht gehoben, Kanada und die Vereinigten Staaten, beziehen größere Mengen Fernostglas aus Belgien, um noch vor den Wintermonaten ihre Abschlässe liquidieren zu können. Der Absatz in den Konsoziationen ist befriedigend.

### Belgiens Export

Das Exportgeschäft der belgischen Glasindustrie ist im unverschärferten Preisen lebhaft. Eine Ausnahme bilden lediglich die absehbaren Staaten, für die noch keine befriedigende Regelung bezüglich der Devisen getroffen werden konnte. Der Absatz nach Finnland ist noch immer gesperrt, während der Versand nach der Schweiz und nach Italien sich normal entwickelt. Nach dem Abschluß des Zahlungsabkommens zwischen Belgien und der Türkei hat sich der Absatz nach Fernost in der Türkei leicht gehoben, Kanada und die Vereinigten Staaten, beziehen größere Mengen Fernostglas aus Belgien, um noch vor den Wintermonaten ihre Abschlässe liquidieren zu können. Der Absatz in den Konsoziationen ist befriedigend.

### Japan soll seine Gewinne aus dem Korea-Konflikt investieren

Japan soll die Ergebnisse der abnommenen Nachfrage infolge des Korea-Konflikts zur Investierung in Kapitalgütern verwenden, um seine normale Exportkapazität zu erhöhen, erklärte der Finanzminister General McArthur, Joseph M. Dodge. Bis jetzt sei Japan nicht in der Lage, mit normalen Exporten unter der steigenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Es habe einen Überschuss an qualifizierten Arbeitskräften infolge der überraschenden Nachfrage nach Ausbruch des Korea-Konflikts, habe aber bereits die Grenzen dessen, was es für sich und andere produzieren könne, erreicht.

Das japanische Außenhandelsministerium hat ein neues System für die Lizenzierung langfristiger Importkontrakte eingeführt, das nunmehr eine dritte Art von Einfuhrzertifikaten vorsieht. Ferner wurde ein Einfuhrprogramm veröffentlicht, auf dem japanischen Importeuren vorgegeben wird, welche Güter für die Einfuhr bestimmter Waren zu stellen.

### Skandinavische Handelsabkommen

#### Norwegen — Finnland

Ein Handelsabkommen zwischen Norwegen und Finnland für die Zeit vom 1. November 1950 bis 31. Oktober 1951 wurde heute in Helsinki durch den K. F. Klavens für Norwegen und Minister J. Nyropp für Finnland paraphiert. Das Abkommen soll vor seiner Unterzeichnung den Regierungen der beiden Länder zur Begutachtung vorgelegt werden. Das Abkommen sieht eine Erhöhung der Warenlieferungen in beiden Richtungen auf ca. 20 Millionen nKr. vor. Norwegen wird u. a. Rohstoffe für die Metall-, Holz- und Textilindustrie, Aluminium, Blei, Kupfer, Zinn, Wolfram, Kohlen, Eisen, Nickel, Wolframbisulfid, Schwefel, Titanweiß, Kobalt und Rohstoffe für die Plastikindustrie an Finnland liefern. Die Finnlands, Exporte umfassen u. a. Holz für die Papierindustrie, Farnholz, Baumwolle und andere Textilien, Fayence sowie elektrische und andere Maschinen.

#### Dänemark — Jugoslawien

Dänisch-jugoslawische Handelsvertragsverhandlungen sind in Kopenhagen aufgenommen worden. Wie die dänische Zeitung „Berlingske Tidende“ meldet, rechnet man mit jugoslawischen Lieferungen von Blei, Kobalt, Natrium und Chemikalien im Werte von 30 Mill. dKr., während Dänemark Saaten und Maschinen nach Jugoslawien ausführen soll. Der größte Teil der dänischen Importe soll durch dänische Güterhändler in Jugoslawien beschafft werden.

#### Dänemark — Polen

Die seit dem 19. September in Warschau geführten dänischen Verhandlungen mit Polen über einen neuen Handelsvertrag nehmen nach Mitteilungen von unterrichteter dänischer Seite einen schließenden Verlauf. Die Besprechungen haben bisher nicht einmal zu einer Einigung über die Kontingentalien geführt, so daß einige dänische Delegationsmitglieder wahrscheinlich nach Kopenhagen zurückkehren werden. Schwierigkeiten bereitet vornehmlich die Zahlungsfrage. In dem am 30. September abgelaufenen Vertrag hatte Dänemark sich verpflichtet, teilweise in Pfund Sterling zu zahlen. Ferner hat Polen aber auch von Dänemark eine Preishöhung für Kohle gefordert, wie es heißt, um 2 Dollar per t, welche dänischerseits als zu hoch erachtet wird.

#### Hoher dänischer Einfuhrüberschuß

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres schloß der dänische Außenhandel mit einem Passivum von 261,7 Mill. dKr. ab gegenüber 658,6 Mill. dKr. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die dänische Einfuhr erreichte in der Berichtzeit einen Wert von 2617 Mill. dKr. gegenüber 2312 Mill. dKr. in 1949, während die Ausfuhr sich auf 2355 Mill. dKr. stellte im Vergleich zu 2153 Mill. dKr. in der entsprechenden Vorjahreszeit.

#### Prekäre Finanzlage Dänemarks

In einem Memorandum des dänischen Finanzsekretärs an das Handelsministerium wird der prekäre Zustand des dänischen Finanzwesens im letzten Preisbericht angegeben, daß die letzten Preissteigerungen, die in einem Maße auf die Lebenshaltungskosten werden auswirken müssen, daß die Löhne und Gehälter der staatlichen Angestellten und Beamten ab Neujahr mindestens um weitere 100 Mill. dKr., wahrscheinlich aber sogar um 200 Mill. dKr. steigen dürften, erhöht VWD aus Finanzkreisen. In den nächsten Tagen sind neue Preissteigerungen u. a. für Kaffee, Schokolade, Weizenmehl, zahlreiche Textilwaren und Konsumgüter zu erwarten. Angesichts dieser Lage gewinnt die Auffassung an Boden, daß Dänemark im Falle einer Währungsauflösung in dem Beispiel Islandes zu folgen in der Lage sein würde, daß auch im Gegenteil sehr viel eher eine weitere Abwertung der dänischen Krone zu befürchten ist. Zahlreiche dänische Importeure haben in den letzten Wochen begonnen, Pfund Sterling aufzukufen, was als Erklärung dafür gewertet wird, daß die Auslandverschuldung der Nationalbank immer mehr steigt.

#### Aufbau der norwegischen Handelsflotte

Für den Wiederaufbau der norwegischen Handelsflotte sind nach Kriegsende 1,5 Mrd. nKr. ausgegeben worden, wovon 4,5 Mrd. nKr. auf Bestellungen im Ausland und der Rest auf Bestellungen in Norwegen entfiel, teilte Direktor Thomsen Falck auf der Jahrestagung des norwegischen Reederverbandes in Bergen mit. Der Wiederaufbau der Flotte ist u. a. durch Anleihen, Versicherungsausgaben, Schiffsfahrerentnahmen aus den Reedereien finanziert worden. Die noch aus der Vorkriegszeit stammende Tonnage sei jedoch verbraucht und müsse so schnell wie möglich erneuert werden. Die staatlichen Regulierungen der Schiffahrt machten indessen die Erneuerung nahezu unmöglich.

Die Frage neuer norwegischer Schiffskontrakte im Ausland ist noch immer nicht gelöst. Zahlreiche norwegische Reeder würden gerne neue Bestellungen im Ausland unterbringen, was aber so lange kaum möglich sein dürfte, als nicht das Problem der hohen norwegischen Fehlbeträge im Ausland gelöst ist.

Die Nachfrage nach den deutschen Erzeugnissen auf der Agrarmesse, die preislich durchaus konkurrenzfähig in vielen Fällen bei besserer Qualität sogar billiger sind, ist sehr groß. Die Dezentralisierung der bisher starken Wirtschaftsverwaltung in Jugoslawien und die Übertragung von Außenhandelsaufgaben an die Regierungen der einzelnen Volksrepubliken werden es nach der Ansicht von Konrad Gruber ermöglichen, das diese nunmehr selbst über ihr Außenhandelsministerium mit den deutschen Exporteuren und Großfirmen den Kontakt über direkte Lieferungen an die einzelnen Republiken entsprechend deren speziellen Bedürfnissen aufnehmen können.

Die Agrarmesse bietet in jeder Hinsicht ein erfreuliches Bild und spiegelt die große Bedeutung wieder, die sich diese Messeveranstaltung in den letzten Jahren erworben hat. 18 ausländische Staaten sind mit rund 270 Erzeugnissen vertreten. Die deutsche Ausstellungsfläche ist, wie die anderer Länder, vor allem auf Investitionsgüter, Schwermaschinen, Personen- und Lastkraftwagen, Elektromaterial, Werkzeug-, Holz- und Metallbearbeitungs-Maschinen sowie Präzisionsmaschinen abgestellt.

Trotz der politischen Hochspannung, die während der Grázer Messe in Österreich herrschte und auch G. F. S. nicht von Streiks und Demonstrationen verschont blieb, war die Messe ausgenommen besucht. Die Nachfrage nach Maschinen und anderen Industriegeräten war allgemein gut. Besonders gut dürfen die deutschen Aussteller abschneiden haben, obwohl die Messekontingente der Finanzierung von nur einem Bruchteil der gewünschten Geschäfte zuläßt — eine Errechnung, die man auf allen österreichischen Messeveranstaltungen dieses Jahres feststellen konnte. Unter den deutschen Gütern, die schon am zweiten Messetag restlos ausverkauft waren, sind vor allem neue deutsche Kunst- und Werkstoffe zu nennen, die Aufsehen erregten und großen Gefallen fanden. Unter den sonstigen deutschen Ausstellungsgütern sind — wie im Vorjahr — Landmaschinen vor allem Mähdrescher, Mähmaschinen, NIKU-Motordiesel, ein deutscher Motorroller, eine Borstenwalzmaschine, Bonbonherstellungsmaschine, die neuartige deutsche Kunststoff- und Nylonseilwalzmaschine, Büromaschinen darunter ein deutsches Fabrikat „Mercedes“, Zella-Mehlmühle, verschiedene

# Italiens Marshallplan-Konflikt

In deutschen Wirtschafts- und Regierungskreisen werden aufmerksam die Meldungen über einen Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der ECA-Mission in Rom verfolgt, der über den Kurs der italienischen Wirtschaftspolitik ausgebrochen ist, und eine gewisse Parallele zu der sich widersprechenden Auffassung der Bundesregierung und der ECA-Mission in Westdeutschland über die Frage der Investitionspolitik im Zusammenhang mit dem Programmierung der 3 ECA-Transit in Gegenwertigkeit darstellt.

Bekanntlich hat sich der Chef der römischen ECA-Mission Lee Dayton, sehr kritisch mit der Investitionspolitik der italienischen Regierung, insbesondere mit dem Kurs des Schatzministers Pella und des Investitionsministers Campelli auseinandergesetzt. Nach Ansicht Daytons würde das Schwergewicht aller sehr auf die Erstarkung der italienischen Währung verlegt, der gegenüber die Steigerung der Industrieproduktion und die Verminderung der Arbeitslosigkeit zu kurz gekommen sei. Dayton habe in den übrigen die ständigen Bedenken der italienischen Regierung wegen einer drohenden Inflation im Gefolge einer stärkeren Kreditverweigerung als Überbrückung bemerkt. Auch könne sich Italien nach seiner Ansicht die Ausbalancierung des Budgets gegenwärtig nicht leisten. Die Kreditrestriktion sei schuld an dem Mangel an Investitionskapital. Die Devisenreserven hätten stärker als bisher in den verschiedenen Produktionssektoren zur Erschaffung neuer Produktivgüter verwendet werden müssen. Demgegenüber wird in der den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung vertretenden Presse darauf hingewiesen, daß die Währungsstabilität das Primat in der Wirtschaftspolitik hätte haben müssen, ihre Preisgabe hätte Inflation bedeutet und gleichzeitig das gesamte italienische Verteidigungssystem lahmgelegt. Im übrigen sehe das Investitionsprogramm für 1950/51 öffentliche und private Investitionen in Höhe von 1700 Milliarden Lire vor. Wenn darüber hinaus eine großzügige Ausgabenpolitik betrieben würde, so wäre dies unverantwortlich.

### Exportrestriktionen

Das italienische Außenhandelsministerium hat für eine Anzahl von Waren, die bisher „a dogana“ gestellt waren, d. h. bei denen die Ausfuhr unmittelbar von den Zollbehörden genehmigt werden konnte, wieder die Pflicht zu Einholung einer ministeriellen Ausfuhrerlaubnis eingeführt. Drei Gruppen von Fällen sind zu unterscheiden: 1) Ausfuhr nach Ländern, mit denen Italien keine Handelsabkommen geschlossen hat (Zahlung in Dollar oder Schweizer Franken); 2) Ausfuhr in die Länder des Sta-

ingblocks; 3) Ausfuhr in Länder, mit denen Handelsabkommen bestehen. Im Falle 1) wird insbesondere die Ausfuhr von bestimmten Chemikalien (z. B. Aluminium, Phosphor, Kunstharze, Wachs, Paraffin, Blei) und von Eisen- und Ni-Metallen sowie Halbleitungen daraus untersagt. Im Falle 2) handelt es sich um eine ähnliche, aber kürzere Liste. Unter dem Fall 3) fallen folgende Waren: geschweißte Güter, Eisen, Pyrit, Pyritschmelze, Bauxit, Zinkoxyd, Feinkohle, Fluorapatit, Aluminium, Natriumkarbonat, Hornstein, Silbererz, Abergstein, Eisen- und Stahlrohzeug, Mangan- und Silberrückstände, Eisenroh-, Kupferhalbzeug, Nickelhalbzeug, Aluminium- und Aluminiumhalbzeug, Bleihalfzeug, Zinn- und Zinkhalbzeug.

### Zunahme des Handels mit Frankreich

Die italienische Ausfuhr nach Frankreich erreichte in den ersten 8 Monaten 1950 einen Wert von 23 Milliarden lire, während sich die Einfuhr aus Frankreich auf 17 Milliarden lire stellte. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum hat sich damit die italienische Ausfuhr verdreifacht und der Import aus Frankreich verdoppelt. Von der italienischen Ausfuhr nach Frankreich entfallen 6,5 Mrd. lire auf Baumwollstoffe, 4,1 Mrd. auf Baumwollgarn, 6,0 Mrd. auf Zitrusfrüchte, 2,3 Mrd. auf Getreide, 3,0 Mrd. lire auf Erzeugnisse der elektrischen Industrie und 1,0 Mrd. Woll.

### US-Musikinstrumentenmarkt in einem italienischen Bericht

Nach einem in italienischen Blättern inhaltlich wiedergegebenen Bericht des italienischen Generalkonsulats in San Francisco liefern die einzelnen europäischen Länder insbesondere folgende Instrumente nach den Vereinigten Staaten: Frankreich Geigen, Clarinetten und andere Holzblasinstrumente; Italien Akkordeons; Deutschland, Belgien, Tschechoslowakei Akkordeons, Geigen, Mundharmonikas, Blechblasinstrumente, Clarinetten; die Schweiz Musikinstrumente. Die italienischen Akkordeons gehen überwiegend an kalifornische Großstädte, die teilweise direkt von Italien geliefert werden, teilweise die Ware von Firmen in New York und Chicago beziehen, die die Generalvertretung für die Vereinigten Staaten haben. Nach dem Bericht könnte der Absatz in Kalifornien durch gedruckte Reklame noch gefördert werden. In Mundharmonikas beherrschen Deutschland und Japan den USA-Markt, während bei Clarinetten Frankreich führend ist, gefolgt von Deutschland und der Tschechoslowakei.

# Auslandsbörsen

PARIS: sehr unruhig. Die Pariser Effektenbörse stand überwiegend im Zeichen der Meldungen über die militärische Entwicklung in Indochina. In Börsenkreisen hat man die Überzeugung, daß sich nach dem Mißerfolg in Korea der Verlust des Blockkommunismus auf Indochina konzentrieren werde. Die Umwälzung in der ersten Linie von berufsmäßigen Börsenhändlern bestritten, da das Publikum stärkere Zurückhaltung bekaufte. Bei der zuletzt nur indifferenter Geschäftstätigkeit war eine gewisse Unsicherheit über den Aufwärtstrend des britischen Pfundes an den Devisenmärkten, gefragt, zum da die Gerüchte über eine Wiederaufwertung der britischen Währung nicht verstummen wollten. Indochinesische Werte zeigten nur schwache Niedrigwerte und abnehmendes Ernterisiko konnten sich gut behaupten. Die Preisbildung für Rohöl spielte sich am Ombekmarkt in einer freundlichen Haltung wieder. Canadian Eagle erwies sich trotz der Kapitalerhöhung der Gesellschaft als widerstandsfähig. Französische Renten unterliegen mehrfachen Schwankungen. Bereits kleine Anleihen genigte, um einen Druck auf die Kurse auszuüben.

### SCHWEIZ: Schwächebewegung

Die Unternehmungskurve an der Schweizer Börse war allgemein nur gering. Im Vergleich zur Vorwoche ergaben sich im Schnitt nur unbedeutende Kursveränderungen. Besondere Wertigkeit lag in der Erwartung der neuen Bundesanleihe zum Wochenanfang zu verzeichnen war, überwiegend zu einem Anstieg, zumal die durch die Veröffentlichung der Konversionsbedingungen kaum ein Druck auf die Kursverläufe ausübte. Allerdings bestand am Schluß des Berichtes ein etwas verhaltenes Ansehen wieder etwas Verkauftbewegung, so daß frühere Kursniveaus nur durch die schwache Zahl limitierter Kaufaufträge unterbrochen wurden. Bases Geschäft haben amerikanische Eisenbahnwerte, deren Kursverläufe später aber wieder durch Realisationswertigkeiten verloren gingen. Immerhin bewegten sich die Notierungen auf diesem Marktgebiet etwas auf dem höchsten Stand dieses Jahres. Bundesanleihen wiesen General Motors, Maschinenfabrik Devisen und Rückversicherung auf, während die beiden erdgenannten Papiere stärkeres Kaufinteresse fanden, während Rückversicherung innerhalb eines Börsentages 70 dFr. Die nach Deutschland orientierten Werte verzeichneten ihren Kursanstieg nicht zu beklagen.

### LONDON: Irrealität

Die Kursentwicklung der Londoner Effektenbörse unterlag zahlreichen Schwankungen. Die politischen Spannungen, insbesondere die Warnung Rotchinas vor einer Überschreitung des 38. Breitengrades in Korea und die Entwicklungen in Indochina ließen keine größere Unternehmungslust aufkommen. Der Grundton der Börse war jedoch nichtdestoweniger freundlich. Im Vordergrund standen britische Staatspapiere, die von Finanzgesellschaften und für überaus hohe Rendite teilweise stärker gefragt waren, wobei mittel- und langfristige Emissions bevorzugen wurden. In den kurzfristigen Anleihen betätigte sich die Spekulation, ein auf diesem Marktgebiet verhältnismäßig selbster Vorgang. Die kräftigen Kurssteigerungen hatten später größere Gewinnmitnahmen zur Folge, jedoch blieb die Haltung des Marktes fest. Von Auslandsbörsen wurden deutsche Kapitalmärkte eher behandelt. Obwohl gegen Wochenanfang Gerüchte umgingen, daß nur die niederländische Transche bei der Ausschüttung berücksichtigt werden wird, lagen die beiden Kapitalmärkte im Vergleich zur Vorwoche je von zwei Punkten höher. Die Bases- und Young-Anleihe blieben hingegen je einen Punkt ein. Zu erwähnen ist noch die spätere Erhöhung der südafrikanischen Geldmengen, so der Gerüchte über eine Dollar-Abwertung betragen. Imperial Tobacco konnte sich behaupten, obwohl die Gesellschaft ihren Aktienkurs eine 1/4 dFr. Anleihe in Höhe von 25 Mill. Pfund Sterling zu 8 1/2%

### Rotchinas Industriepolitik

Anläßlich des ersten Jahrestages der Proklamierung der rotchinesischen volkdemokratischen Republik gab der Premier der staatlichen Verwaltungsorgane und Außenminister der chinesischen Zentralregierung Chou-en-lai einen Bericht über die von der Regierung geleitete Wiederaufbauarbeit. Er betonte dabei, daß sich die chinesische Wirtschaft noch ganz im Stadium des Wiederaufbaus befinde. Es sei sowohl ein Kapitalmangel, wie auch eine Knappheit an Spezialisten und Erfahrungsmangel zu verzeichnen. Wenn auch die Regierung 23,8% des Gesamtbetrags der Staatsausgaben für den Wiederaufbau der Wirtschaft abgeworfen habe, so sei dieser Betrag, der größte den je eine chinesische Regierung für Wirtschaftszwecke ausgegeben habe, doch gemessen an dem gewaltigen Bedarf sehr gering. Auch im Jahre 1951 werde dieser Betrag nicht wesentlich erhöht werden können. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Chinas seien mindestens 3-5 Jahre notwendig. In dieser Zeit werde die chinesische Regierung ihre Kräfte auf die Entwicklung bestimmter wichtiger Wirtschaftszweige konzentrieren. Dadurch solle die Grundlage für neue Kapitalansammlung für die Versorgung des inneren Marktes und die Entwicklung der Technik gelegt werden. Um die vorhandenen Mittel nicht zu verschenken, wird die Zentralregierung Investitionen vor allem beim Bau von Bewässerungsanlagen und im Eisenbahnbau und anderen Transportmitteln durchführen, die für die Industrie und Landwirtschaft von China von Bedeutung sind. Auf industriellen Gebiet wird vor allem die Textilindustrie, die Brennstoff- und metallurgische, sowie die chemische Industrie gefördert werden. Die Erzeugnisse dieser Industrie sind für die Entwicklung der gesamten Industrie Chinas von wesentlicher Bedeutung. Im Zuge des industriellen Wiederaufbaus konnten von 52 Mill. Spindeln bis zum September d. J. 4,3 Mill. Spindeln in der Textilindustrie wieder in Betrieb gebracht werden. Die Kohlenförderung hat in der Zeit vom Januar bis August d. J. gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 37% erhöht werden können. Die von den staatlichen Kraftwerken erzeugte Menge elektrischen Stromes ist im gleichen Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 21% gestiegen. Die chinesischen Eisenbahnen wurden wieder vollständig instandgesetzt und bis zum 1. Juli 1950 742 km in Betrieb genommen; das sind 88% der gesamten chinesischen Bahnstrecken. Bis Ende 1950 hofft man insgesamt 22 000 km spandensetzen.

rücksehbar 1950/51, absteigt. Textilwerte wurden leidend für Reduktion der Provinz gefragt. Für die neue 2 1/2%ige Obligationen der Levee Bonds in Höhe von 10 Mill. Pfund Sterling, die stark überbewertet worden war, zeigte sich auch an der Börse wenig Interesse. Auch die neue 2 1/2%ige südafrikanische Anleihe erzielte ein Aufgeld.

### NEW YORK: fest

Trotz gelegentlicher Rückschläge wies die New Yorker Effektenbörse feste Haltung auf. Teilweise wurden in der Berichtwoche neue Höchststände erreicht. Das Geschäft, das durch den Freitag am 12. 10. (Columbus Day) unterbrochen wurde, war nicht besonders lebhaft. Die politischen Vorgänge und die strenge Kontrolle der Kreditgewährung wurden in Börsenkreisen lebhaft diskutiert, haben aber zu keinen wesentlichen Kursveränderungen geführt. Die im ersten Teil der Berichtwoche das Hauptgewicht auf sich gezogen hatten, wurden später angehoben, da in Kurse über 1,25 Millionen Eisenbahnarbeiter Lohnverhandlungen fortgesetzt wurden. Gegenüber der Vorwoche blieben im Hauptzettel bestliche Kursverläufe erhalten. Auf dem übrigen Markt gebieten die Kurse durch günstige Dividenden-Erwartungen und -Erwartungen eine Stille. Neuzugel wurden in erster Linie die Anteile von Forschungs-Papieren, Nachrichtenunternehmungen, Kautschuk-, Stahl-, Motoren- und Textilaktien. Die Erwartung einer Wiederaufnahme der Dividendenzahlung durch die General Cable führte zu einer stärkeren Nachfrage nach United States Smelting and Refining, da diese 44% der Stamm- und Vorragsaktien dieser Gesellschaft besitzt.

Börsennotierungen für	13. 10.	6. 10.
38 Industrieerträge	328,54	321,74
38 Eisenbahnwerte	68,00	68,00
48 Industrieerträge	101,00	101,04
15 Vermögensbetriebe	40,54	40,70
Moody's Index	82,9	82,9

### Notenkurse in Zürich am 14. Oktober

1 \$ USA	4,24 1/2 20%
1 £ England	11,40 1/16
100 fr Frankreich	1,12 1/16
100 hfr Belgien	8,81 1/4
100 hfl Holland	102, — 100,50
100 skr Schweden	70, — 72,50
100 kor Norwegen	42, — 42, —
100 dkr Dänemark	44, — 46,50
100 lire Italien	— 42, — 40,00
100 Escudos Portugal	14,20 1/16
100 skr Tschechoslowakei	1, — 1,15
100 arg. Pesos Argentinien	25, — 25, —
100 hkr & Tschil	1,15 1/16
100 österr. Schilling Österreich	15,50 1/16
100 Nisrael & Israel	4,70 1/16
100 DM Deutschland	81, — 81,30

Hier abtropfen und einstecken

An den

Karlshofer Wirtschaftsverlag GmbH

Karlshofer 1. B., Vollenstraße 35

### Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name	
Ort	
Strasse und Hausnummer	







stünden abgeben mußten. Die Haltung des Marktes war unruhig. Kleinere Aufträge der Industrie aus Großbritannien und aus Norwegen stützten gegen Westenschluß etwas den Markt, der im Schnitt für nahe Nischen um 4% und für fernere Nischen um 2 bis 4% je lb höher schied.

Häute und Felle

An den internationalen Häutenmärkten hat sich die Lage wenig geändert. Die nordamerikanischen Märkte waren im allgemeinen stetig. In argentinischen Häuten fand noch kein Geschäft statt. Es heißt, daß längere Zeit vergehen werde, bis das Instituto Argentino de Promoción del Intercambio (IAP), obwohl es inzwischen Aufnahmepreise bekanntgegeben hat, seine Verkäufe wieder aufnehmen wird. In Montevideo sind die Bestände klein, doch geben Truckhäute leicht nach. Montevideo-Amerikaner notieren etwa 40 ct je lb. In brasilianischen Häuten fanden einige Umsätze statt, die sich die Verkäufer bemähen, die noch freien Kompartimenten auszunutzen. Für afrikanische Häute bestand gutes Interesse. Es wird über Verkäufe von schattigen Trückerhäuten nigerischer Häute berichtet, die von 12 bis zu 46 ct je lb bericht. Die Verkäufe von Häuten in Ostafrika und in Neuseeland lag gering, aber auch die Kaufkraft für diese Gattungen war wenig bemerkenswert.

Sehr stetig ging die Stuttgarter Häutenauktion voran. Mit Ausnahme einiger Posten von Schaf-Fellen kam das ganze Gefälle zum Verkauf. Schaf-Felle erzielten Abschlüsse von annähernd 30. Großviehhäute von 12 bis 13 und Kalbfelle von etwa 18 Prozent. Durchweg gingen die durch die Korea-Krise gestiegenen Preise um gute 10 Prozent zurück. Ausgeboten wurden von Württemberg: Baden 18 1/2 Großviehhäute, 23 1/2 Kalbfelle, 26 1/2 Schaf-Felle und 20 Stück Kleinfelle. Erzielt wurden pro kg: Kalbfelle bis 4,3 bis 7,65; 7,75; 4,8—7,1; 7,34—7,38; über 7,5 bis 6,15 DM. Kalbfelle Schaf 3,90; zoodenische Kalbfelle 7,40; Fresserfelle 4,30. Wollfelle gesaalte 2,40; Halbwolle 2,15—2,20; skandinavische Felle 1,40 bis 1,45; 1,45 bis 1,48; 1,48 bis 1,50; 1,50 bis 1,52; 1,52 bis 1,54; 1,54 bis 1,56; 1,56 bis 1,58; 1,58 bis 1,60; 1,60 bis 1,62; 1,62 bis 1,64; 1,64 bis 1,66; 1,66 bis 1,68; 1,68 bis 1,70; 1,70 bis 1,72; 1,72 bis 1,74; 1,74 bis 1,76; 1,76 bis 1,78; 1,78 bis 1,80; 1,80 bis 1,82; 1,82 bis 1,84; 1,84 bis 1,86; 1,86 bis 1,88; 1,88 bis 1,90; 1,90 bis 1,92; 1,92 bis 1,94; 1,94 bis 1,96; 1,96 bis 1,98; 1,98 bis 2,00; 2,00 bis 2,02; 2,02 bis 2,04; 2,04 bis 2,06; 2,06 bis 2,08; 2,08 bis 2,10; 2,10 bis 2,12; 2,12 bis 2,14; 2,14 bis 2,16; 2,16 bis 2,18; 2,18 bis 2,20; 2,20 bis 2,22; 2,22 bis 2,24; 2,24 bis 2,26; 2,26 bis 2,28; 2,28 bis 2,30; 2,30 bis 2,32; 2,32 bis 2,34; 2,34 bis 2,36; 2,36 bis 2,38; 2,38 bis 2,40; 2,40 bis 2,42; 2,42 bis 2,44; 2,44 bis 2,46; 2,46 bis 2,48; 2,48 bis 2,50; 2,50 bis 2,52; 2,52 bis 2,54; 2,54 bis 2,56; 2,56 bis 2,58; 2,58 bis 2,60; 2,60 bis 2,62; 2,62 bis 2,64; 2,64 bis 2,66; 2,66 bis 2,68; 2,68 bis 2,70; 2,70 bis 2,72; 2,72 bis 2,74; 2,74 bis 2,76; 2,76 bis 2,78; 2,78 bis 2,80; 2,80 bis 2,82; 2,82 bis 2,84; 2,84 bis 2,86; 2,86 bis 2,88; 2,88 bis 2,90; 2,90 bis 2,92; 2,92 bis 2,94; 2,94 bis 2,96; 2,96 bis 2,98; 2,98 bis 3,00; 3,00 bis 3,02; 3,02 bis 3,04; 3,04 bis 3,06; 3,06 bis 3,08; 3,08 bis 3,10; 3,10 bis 3,12; 3,12 bis 3,14; 3,14 bis 3,16; 3,16 bis 3,18; 3,18 bis 3,20; 3,20 bis 3,22; 3,22 bis 3,24; 3,24 bis 3,26; 3,26 bis 3,28; 3,28 bis 3,30; 3,30 bis 3,32; 3,32 bis 3,34; 3,34 bis 3,36; 3,36 bis 3,38; 3,38 bis 3,40; 3,40 bis 3,42; 3,42 bis 3,44; 3,44 bis 3,46; 3,46 bis 3,48; 3,48 bis 3,50; 3,50 bis 3,52; 3,52 bis 3,54; 3,54 bis 3,56; 3,56 bis 3,58; 3,58 bis 3,60; 3,60 bis 3,62; 3,62 bis 3,64; 3,64 bis 3,66; 3,66 bis 3,68; 3,68 bis 3,70; 3,70 bis 3,72; 3,72 bis 3,74; 3,74 bis 3,76; 3,76 bis 3,78; 3,78 bis 3,80; 3,80 bis 3,82; 3,82 bis 3,84; 3,84 bis 3,86; 3,86 bis 3,88; 3,88 bis 3,90; 3,90 bis 3,92; 3,92 bis 3,94; 3,94 bis 3,96; 3,96 bis 3,98; 3,98 bis 4,00; 4,00 bis 4,02; 4,02 bis 4,04; 4,04 bis 4,06; 4,06 bis 4,08; 4,08 bis 4,10; 4,10 bis 4,12; 4,12 bis 4,14; 4,14 bis 4,16; 4,16 bis 4,18; 4,18 bis 4,20; 4,20 bis 4,22; 4,22 bis 4,24; 4,24 bis 4,26; 4,26 bis 4,28; 4,28 bis 4,30; 4,30 bis 4,32; 4,32 bis 4,34; 4,34 bis 4,36; 4,36 bis 4,38; 4,38 bis 4,40; 4,40 bis 4,42; 4,42 bis 4,44; 4,44 bis 4,46; 4,46 bis 4,48; 4,48 bis 4,50; 4,50 bis 4,52; 4,52 bis 4,54; 4,54 bis 4,56; 4,56 bis 4,58; 4,58 bis 4,60; 4,60 bis 4,62; 4,62 bis 4,64; 4,64 bis 4,66; 4,66 bis 4,68; 4,68 bis 4,70; 4,70 bis 4,72; 4,72 bis 4,74; 4,74 bis 4,76; 4,76 bis 4,78; 4,78 bis 4,80; 4,80 bis 4,82; 4,82 bis 4,84; 4,84 bis 4,86; 4,86 bis 4,88; 4,88 bis 4,90; 4,90 bis 4,92; 4,92 bis 4,94; 4,94 bis 4,96; 4,96 bis 4,98; 4,98 bis 5,00; 5,00 bis 5,02; 5,02 bis 5,04; 5,04 bis 5,06; 5,06 bis 5,08; 5,08 bis 5,10; 5,10 bis 5,12; 5,12 bis 5,14; 5,14 bis 5,16; 5,16 bis 5,18; 5,18 bis 5,20; 5,20 bis 5,22; 5,22 bis 5,24; 5,24 bis 5,26; 5,26 bis 5,28; 5,28 bis 5,30; 5,30 bis 5,32; 5,32 bis 5,34; 5,34 bis 5,36; 5,36 bis 5,38; 5,38 bis 5,40; 5,40 bis 5,42; 5,42 bis 5,44; 5,44 bis 5,46; 5,46 bis 5,48; 5,48 bis 5,50; 5,50 bis 5,52; 5,52 bis 5,54; 5,54 bis 5,56; 5,56 bis 5,58; 5,58 bis 5,60; 5,60 bis 5,62; 5,62 bis 5,64; 5,64 bis 5,66; 5,66 bis 5,68; 5,68 bis 5,70; 5,70 bis 5,72; 5,72 bis 5,74; 5,74 bis 5,76; 5,76 bis 5,78; 5,78 bis 5,80; 5,80 bis 5,82; 5,82 bis 5,84; 5,84 bis 5,86; 5,86 bis 5,88; 5,88 bis 5,90; 5,90 bis 5,92; 5,92 bis 5,94; 5,94 bis 5,96; 5,96 bis 5,98; 5,98 bis 6,00; 6,00 bis 6,02; 6,02 bis 6,04; 6,04 bis 6,06; 6,06 bis 6,08; 6,08 bis 6,10; 6,10 bis 6,12; 6,12 bis 6,14; 6,14 bis 6,16; 6,16 bis 6,18; 6,18 bis 6,20; 6,20 bis 6,22; 6,22 bis 6,24; 6,24 bis 6,26; 6,26 bis 6,28; 6,28 bis 6,30; 6,30 bis 6,32; 6,32 bis 6,34; 6,34 bis 6,36; 6,36 bis 6,38; 6,38 bis 6,40; 6,40 bis 6,42; 6,42 bis 6,44; 6,44 bis 6,46; 6,46 bis 6,48; 6,48 bis 6,50; 6,50 bis 6,52; 6,52 bis 6,54; 6,54 bis 6,56; 6,56 bis 6,58; 6,58 bis 6,60; 6,60 bis 6,62; 6,62 bis 6,64; 6,64 bis 6,66; 6,66 bis 6,68; 6,68 bis 6,70; 6,70 bis 6,72; 6,72 bis 6,74; 6,74 bis 6,76; 6,76 bis 6,78; 6,78 bis 6,80; 6,80 bis 6,82; 6,82 bis 6,84; 6,84 bis 6,86; 6,86 bis 6,88; 6,88 bis 6,90; 6,90 bis 6,92; 6,92 bis 6,94; 6,94 bis 6,96; 6,96 bis 6,98; 6,98 bis 7,00; 7,00 bis 7,02; 7,02 bis 7,04; 7,04 bis 7,06; 7,06 bis 7,08; 7,08 bis 7,10; 7,10 bis 7,12; 7,12 bis 7,14; 7,14 bis 7,16; 7,16 bis 7,18; 7,18 bis 7,20; 7,20 bis 7,22; 7,22 bis 7,24; 7,24 bis 7,26; 7,26 bis 7,28; 7,28 bis 7,30; 7,30 bis 7,32; 7,32 bis 7,34; 7,34 bis 7,36; 7,36 bis 7,38; 7,38 bis 7,40; 7,40 bis 7,42; 7,42 bis 7,44; 7,44 bis 7,46; 7,46 bis 7,48; 7,48 bis 7,50; 7,50 bis 7,52; 7,52 bis 7,54; 7,54 bis 7,56; 7,56 bis 7,58; 7,58 bis 7,60; 7,60 bis 7,62; 7,62 bis 7,64; 7,64 bis 7,66; 7,66 bis 7,68; 7,68 bis 7,70; 7,70 bis 7,72; 7,72 bis 7,74; 7,74 bis 7,76; 7,76 bis 7,78; 7,78 bis 7,80; 7,80 bis 7,82; 7,82 bis 7,84; 7,84 bis 7,86; 7,86 bis 7,88; 7,88 bis 7,90; 7,90 bis 7,92; 7,92 bis 7,94; 7,94 bis 7,96; 7,96 bis 7,98; 7,98 bis 8,00; 8,00 bis 8,02; 8,02 bis 8,04; 8,04 bis 8,06; 8,06 bis 8,08; 8,08 bis 8,10; 8,10 bis 8,12; 8,12 bis 8,14; 8,14 bis 8,16; 8,16 bis 8,18; 8,18 bis 8,20; 8,20 bis 8,22; 8,22 bis 8,24; 8,24 bis 8,26; 8,26 bis 8,28; 8,28 bis 8,30; 8,30 bis 8,32; 8,32 bis 8,34; 8,34 bis 8,36; 8,36 bis 8,38; 8,38 bis 8,40; 8,40 bis 8,42; 8,42 bis 8,44; 8,44 bis 8,46; 8,46 bis 8,48; 8,48 bis 8,50; 8,50 bis 8,52; 8,52 bis 8,54; 8,54 bis 8,56; 8,56 bis 8,58; 8,58 bis 8,60; 8,60 bis 8,62; 8,62 bis 8,64; 8,64 bis 8,66; 8,66 bis 8,68; 8,68 bis 8,70; 8,70 bis 8,72; 8,72 bis 8,74; 8,74 bis 8,76; 8,76 bis 8,78; 8,78 bis 8,80; 8,80 bis 8,82; 8,82 bis 8,84; 8,84 bis 8,86; 8,86 bis 8,88; 8,88 bis 8,90; 8,90 bis 8,92; 8,92 bis 8,94; 8,94 bis 8,96; 8,96 bis 8,98; 8,98 bis 9,00; 9,00 bis 9,02; 9,02 bis 9,04; 9,04 bis 9,06; 9,06 bis 9,08; 9,08 bis 9,10; 9,10 bis 9,12; 9,12 bis 9,14; 9,14 bis 9,16; 9,16 bis 9,18; 9,18 bis 9,20; 9,20 bis 9,22; 9,22 bis 9,24; 9,24 bis 9,26; 9,26 bis 9,28; 9,28 bis 9,30; 9,30 bis 9,32; 9,32 bis 9,34; 9,34 bis 9,36; 9,36 bis 9,38; 9,38 bis 9,40; 9,40 bis 9,42; 9,42 bis 9,44; 9,44 bis 9,46; 9,46 bis 9,48; 9,48 bis 9,50; 9,50 bis 9,52; 9,52 bis 9,54; 9,54 bis 9,56; 9,56 bis 9,58; 9,58 bis 9,60; 9,60 bis 9,62; 9,62 bis 9,64; 9,64 bis 9,66; 9,66 bis 9,68; 9,68 bis 9,70; 9,70 bis 9,72; 9,72 bis 9,74; 9,74 bis 9,76; 9,76 bis 9,78; 9,78 bis 9,80; 9,80 bis 9,82; 9,82 bis 9,84; 9,84 bis 9,86; 9,86 bis 9,88; 9,88 bis 9,90; 9,90 bis 9,92; 9,92 bis 9,94; 9,94 bis 9,96; 9,96 bis 9,98; 9,98 bis 10,00; 10,00 bis 10,02; 10,02 bis 10,04; 10,04 bis 10,06; 10,06 bis 10,08; 10,08 bis 10,10; 10,10 bis 10,12; 10,12 bis 10,14; 10,14 bis 10,16; 10,16 bis 10,18; 10,18 bis 10,20; 10,20 bis 10,22; 10,22 bis 10,24; 10,24 bis 10,26; 10,26 bis 10,28; 10,28 bis 10,30; 10,30 bis 10,32; 10,32 bis 10,34; 10,34 bis 10,36; 10,36 bis 10,38; 10,38 bis 10,40; 10,40 bis 10,42; 10,42 bis 10,44; 10,44 bis 10,46; 10,46 bis 10,48; 10,48 bis 10,50; 10,50 bis 10,52; 10,52 bis 10,54; 10,54 bis 10,56; 10,56 bis 10,58; 10,58 bis 10,60; 10,60 bis 10,62; 10,62 bis 10,64; 10,64 bis 10,66; 10,66 bis 10,68; 10,68 bis 10,70; 10,70 bis 10,72; 10,72 bis 10,74; 10,74 bis 10,76; 10,76 bis 10,78; 10,78 bis 10,80; 10,80 bis 10,82; 10,82 bis 10,84; 10,84 bis 10,86; 10,86 bis 10,88; 10,88 bis 10,90; 10,90 bis 10,92; 10,92 bis 10,94; 10,94 bis 10,96; 10,96 bis 10,98; 10,98 bis 11,00; 11,00 bis 11,02; 11,02 bis 11,04; 11,04 bis 11,06; 11,06 bis 11,08; 11,08 bis 11,10; 11,10 bis 11,12; 11,12 bis 11,14; 11,14 bis 11,16; 11,16 bis 11,18; 11,18 bis 11,20; 11,20 bis 11,22; 11,22 bis 11,24; 11,24 bis 11,26; 11,26 bis 11,28; 11,28 bis 11,30; 11,30 bis 11,32; 11,32 bis 11,34; 11,34 bis 11,36; 11,36 bis 11,38; 11,38 bis 11,40; 11,40 bis 11,42; 11,42 bis 11,44; 11,44 bis 11,46; 11,46 bis 11,48; 11,48 bis 11,50; 11,50 bis 11,52; 11,52 bis 11,54; 11,54 bis 11,56; 11,56 bis 11,58; 11,58 bis 11,60; 11,60 bis 11,62; 11,62 bis 11,64; 11,64 bis 11,66; 11,66 bis 11,68; 11,68 bis 11,70; 11,70 bis 11,72; 11,72 bis 11,74; 11,74 bis 11,76; 11,76 bis 11,78; 11,78 bis 11,80; 11,80 bis 11,82; 11,82 bis 11,84; 11,84 bis 11,86; 11,86 bis 11,88; 11,88 bis 11,90; 11,90 bis 11,92; 11,92 bis 11,94; 11,94 bis 11,96; 11,96 bis 11,98; 11,98 bis 12,00; 12,00 bis 12,02; 12,02 bis 12,04; 12,04 bis 12,06; 12,06 bis 12,08; 12,08 bis 12,10; 12,10 bis 12,12; 12,12 bis 12,14; 12,14 bis 12,16; 12,16 bis 12,18; 12,18 bis 12,20; 12,20 bis 12,22; 12,22 bis 12,24; 12,24 bis 12,26; 12,26 bis 12,28; 12,28 bis 12,30; 12,30 bis 12,32; 12,32 bis 12,34; 12,34 bis 12,36; 12,36 bis 12,38; 12,38 bis 12,40; 12,40 bis 12,42; 12,42 bis 12,44; 12,44 bis 12,46; 12,46 bis 12,48; 12,48 bis 12,50; 12,50 bis 12,52; 12,52 bis 12,54; 12,54 bis 12,56; 12,56 bis 12,58; 12,58 bis 12,60; 12,60 bis 12,62; 12,62 bis 12,64; 12,64 bis 12,66; 12,66 bis 12,68; 12,68 bis 12,70; 12,70 bis 12,72; 12,72 bis 12,74; 12,74 bis 12,76; 12,76 bis 12,78; 12,78 bis 12,80; 12,80 bis 12,82; 12,82 bis 12,84; 12,84 bis 12,86; 12,86 bis 12,88; 12,88 bis 12,90; 12,90 bis 12,92; 12,92 bis 12,94; 12,94 bis 12,96; 12,96 bis 12,98; 12,98 bis 13,00; 13,00 bis 13,02; 13,02 bis 13,04; 13,04 bis 13,06; 13,06 bis 13,08; 13,08 bis 13,10; 13,10 bis 13,12; 13,12 bis 13,14; 13,14 bis 13,16; 13,16 bis 13,18; 13,18 bis 13,20; 13,20 bis 13,22; 13,22 bis 13,24; 13,24 bis 13,26; 13,26 bis 13,28; 13,28 bis 13,30; 13,30 bis 13,32; 13,32 bis 13,34; 13,34 bis 13,36; 13,36 bis 13,38; 13,38 bis 13,40; 13,40 bis 13,42; 13,42 bis 13,44; 13,44 bis 13,46; 13,46 bis 13,48; 13,48 bis 13,50; 13,50 bis 13,52; 13,52 bis 13,54; 13,54 bis 13,56; 13,56 bis 13,58; 13,58 bis 13,60; 13,60 bis 13,62; 13,62 bis 13,64; 13,64 bis 13,66; 13,66 bis 13,68; 13,68 bis 13,70; 13,70 bis 13,72; 13,72 bis 13,74; 13,74 bis 13,76; 13,76 bis 13,78; 13,78 bis 13,80; 13,80 bis 13,82; 13,82 bis 13,84; 13,84 bis 13,86; 13,86 bis 13,88; 13,88 bis 13,90; 13,90 bis 13,92; 13,92 bis 13,94; 13,94 bis 13,96; 13,96 bis 13,98; 13,98 bis 14,00; 14,00 bis 14,02; 14,02 bis 14,04; 14,04 bis 14,06; 14,06 bis 14,08; 14,08 bis 14,10; 14,10 bis 14,12; 14,12 bis 14,14; 14,14 bis 14,16; 14,16 bis 14,18; 14,18 bis 14,20; 14,20 bis 14,22; 14,22 bis 14,24; 14,24 bis 14,26; 14,26 bis 14,28; 14,28 bis 14,30; 14,30 bis 14,32; 14,32 bis 14,34; 14,34 bis 14,36; 14,36 bis 14,38; 14,38 bis 14,40; 14,40 bis 14,42; 14,42 bis 14,44; 14,44 bis 14,46; 14,46 bis 14,48; 14,48 bis 14,50; 14,50 bis 14,52; 14,52 bis 14,54; 14,54 bis 14,56; 14,56 bis 14,58; 14,58 bis 14,60; 14,60 bis 14,62; 14,62 bis 14,64; 14,64 bis 14,66; 14,66 bis 14,68; 14,68 bis 14,70; 14,70 bis 14,72; 14,72 bis 14,74; 14,74 bis 14,76; 14,76 bis 14,78; 14,78 bis 14,80; 14,80 bis 14,82; 14,82 bis 14,84; 14,84 bis 14,86; 14,86 bis 14,88; 14,88 bis 14,90; 14,90 bis 14,92; 14,92 bis 14,94; 14,94 bis 14,96; 14,96 bis 14,98; 14,98 bis 15,00; 15,00 bis 15,02; 15,02 bis 15,04; 15,04 bis 15,06; 15,06 bis 15,08; 15,08 bis 15,10; 15,10 bis 15,12; 15,12 bis 15,14; 15,14 bis 15,16; 15,16 bis 15,18; 15,18 bis 15,20; 15,20 bis 15,22; 15,22 bis 15,24; 15,24 bis 15,26; 15,26 bis 15,28; 15,28 bis 15,30; 15,30 bis 15,32; 15,32 bis 15,34; 15,34 bis 15,36; 15,36 bis 15,38; 15,38 bis 15,40; 15,40 bis 15,42; 15,42 bis 15,44; 15,44 bis 15,46; 15,46 bis 15,48; 15,48 bis 15,50; 15,50 bis 15,52; 15,52 bis 15,54; 15,54 bis 15,56; 15,56 bis 15,58; 15,58 bis 15,60; 15,60 bis 15,62; 15,62 bis 15,64; 15,64 bis 15,66; 15,66 bis 15,68; 15,68 bis 15,70; 15,70 bis 15,72; 15,72 bis 15,74; 15,74 bis 15,76; 15,76 bis 15,78; 15,78 bis 15,80; 15,80 bis 15,82; 15,82 bis 15,84; 15,84 bis 15,86; 15,86 bis 15,88; 15,88 bis 15,90; 15,90 bis 15,92; 15,92 bis 15,94; 15,94 bis 15,96; 15,96 bis 15,98; 15,98 bis 16,00; 16,00 bis 16,02; 16,02 bis 16,04; 16,04 bis 16,06; 16,06 bis 16,08; 16,08 bis 16,10; 16,10 bis 16,12; 16,12 bis 16,14; 16,14 bis 16,16; 16,16 bis 16,18; 16,18 bis 16,20; 16,20 bis 16,22; 16,22 bis 16,24; 16,24 bis 16,26; 16,26 bis 16,28; 16,28 bis 16,30; 16,30 bis 16,32; 16,32 bis 16,34; 16,34 bis 16,36; 16,36 bis 16,38; 16,38 bis 16,40; 16,40 bis 16,42; 16,42 bis 16,44; 16,44 bis 16,46; 16,46 bis 16,48; 16,48 bis 16,50; 16,50 bis 16,52; 16,52 bis 16,54; 16,54 bis 16,56; 16,56 bis 16,58; 16,58 bis 16,60; 16,60 bis 16,62; 16,62 bis 16,64; 16,64 bis 16,66; 16,66 bis 16,68; 16,68 bis 16,70; 16,70 bis 16,72; 16,72 bis 16,74; 16,74 bis 16,76; 16,76 bis 16,78; 16,78 bis 16,80; 16,80 bis 16,82; 16,82 bis 16,84; 16,84 bis 16,86; 16,86 bis 16,88; 16,88 bis 16,90; 16,90 bis 16,92; 16,92 bis 16,94; 16,94 bis 16,96; 16,96 bis 16,98; 16,98 bis 17,00; 17,00 bis 17,02; 17,02 bis 17,04; 17,04 bis 17,06; 17,06 bis 17,08; 17,08 bis 17,10; 17,10 bis 17,12; 17,12 bis 17,14; 17,14 bis 17,16; 17,16 bis 17,18; 17,18 bis 17,20; 17,20 bis 17,22; 17,22 bis 17,24; 17,24 bis 17,26; 17,26 bis 17,28; 17,28 bis 17,30; 17,30 bis 17,32; 17,32 bis 17,34; 17,34 bis 17,36; 17,36 bis 17,38; 17,38 bis 17,40; 17,40 bis 17,42; 17,42 bis 17,44; 17,44 bis 17,46; 17,46 bis 17,48; 17,48 bis 17,50; 17,50 bis 17,52; 17,52 bis 17,54; 17,54 bis 17,56; 17,56 bis 17,58; 17,58 bis 17,60; 17,60 bis 17,62; 17,62 bis 17,64; 17,64 bis 17,66; 17,66 bis 17,68; 17,68 bis 17,70; 17,70 bis 17,72; 17,72 bis 17,74; 17,74 bis 17,76; 17,76 bis 17,78; 17,78 bis 17,80; 17,80 bis 17,82; 17,82 bis 17,84; 17,84 bis 17,86; 17,86 bis 17,88; 17,88 bis 17,90; 17,90 bis 17,92; 17,92 bis 17,94; 17,94 bis 17,96; 17,96 bis 17,98; 17,98 bis 18,00; 18,00 bis 18,02; 18,02 bis 18,04; 18,04 bis 18,06; 18,06 bis 18,08; 18,08 bis 18,10; 18,10 bis 18,12; 18,12 bis 18,14; 18,14 bis 18,16; 18,16 bis 18,18; 18,18 bis 18,20; 18,20 bis 18,22; 18,22 bis 18,24; 18,24 bis 18,26; 18,26 bis 18,28; 18,28 bis 18,30; 18,30 bis 18,32; 18,32 bis 18,34; 18,34 bis 18,36; 18,36 bis 18,38; 18,38 bis 18,40; 18,40 bis 18,42; 18,42 bis 18,44; 18,44 bis 18,46; 18,46 bis 18,48; 18,48 bis 18,50; 18,50 bis 18,52; 18,52 bis 18,54; 18,54 bis 18,56; 18,56 bis 18,58; 18,58 bis 18,60; 18,60 bis 18,62; 18,62 bis 18,64; 18,64 bis 18,66; 18,66 bis 18,68; 18,68 bis 18,70; 18,70 bis 18,72; 18,72 bis 18,74; 18,74 bis 18,76; 18,76 bis 18,78; 18,78 bis 18,80; 18,80 bis 18,82; 18,82 bis 18,84; 18,84 bis 18,86; 18,86 bis 18,88; 18,88 bis 18,90; 18,90 bis 18,92; 18,92 bis 18,94; 18,94 bis 18,96; 18,96 bis 18,98; 18,98 bis 19,00; 19,00 bis 19,02; 19,02 bis 19,04; 19,04 bis 19,06; 19,06 bis 19,08; 19,08 bis 19,10; 19,10 bis 19,12; 19,12 bis 19,14; 19,14 bis 19,16; 1